©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETRICH ORLOW

PREUSSEN UND DER KAPP-PUTSCH

Die Bedeutung des Kapp-Putsches für die politische Entwicklung der Weimarer Republik unterliegt keinem Zweifel. Die kurze und in manchen Aspekten fast lächerlich wirkende „Kapp-Hanswurstiade"[1] bildete eine der folgenschwersten Zäsuren in der Geschichte der Republik. Die politische Zusammensetzung des Reichstags und der Reichsregierung änderte sich grundlegend; die Parteien der Weimarer Koalition wandten sich von der Mitte nach rechts oder links. Die SPD entzog sich in den folgenden Jahren weitgehend der Regierungsverantwortung im Reich[2], die USPD erntete die Früchte ihrer scharfen Kritik an den Maßnahmen der rechten Schwesterpartei in den Wahlen von 1920, nur um wenige Monate später auf dem Moskauer Rad zu zerbrechen. Die DDP gab ihren Versuch auf, zwischen Bürgertum und Arbeiterschichten zu vermitteln, während die DVP sich von der DNVP löste und der Mitte zusteuerte[3]. Im Reich leitete der Kapp-Putsch Koalitionsregierungen der bürgerlichen Mitte bzw. des Bürgerblocks ein, die, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, die Reichspolitik bis 1928 bestimmten.

Auch in den Ländern hinterließ der Kapp-Putsch seine Spuren, obwohl die Wirkung hier eine grundsätzlich andere war als im Reich. Während das Reich einen politischen Rechtsruck erlebte, konnten sich die Weimarer Koalitionen (wenn auch geschwächt durch Wahlverluste) in den bedeutendsten Ländern außerhalb Bayerns behaupten[4]. Der Kapp-Putsch beendete somit die Ära der parallelen Entwicklung in Reich und Ländern, dämmte die „unitarische Flut" ein, legte aber auch das Schicksal der Demokratie und des Parlamentarismus in die Hände der Länder[5] (und des Reichsrates), eine Entwicklung, deren Bedeutung vielen zeitgenössischen Beobachtern erst durch die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 klar wurde[6].

An dieser Stelle möchte der Verf. der Alexander-von-Humboldt-Stiftung seinen Dank aussprechen. Ein Stipendium der Stiftung machte 1974/75 einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt in Deutschland möglich.

[1] So der ParlStS. im pr. Kultusministerium, Rudolf Wildermann, in Ausführungen vor der Pr. Landesversammlung; s. Sitzungsberichte der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung (künftig: SBVPrLV), Berlin, 1921, Bd. 8, Sp. 10 515.

[2] Alfred Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970.

[3] Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972, S. 400; Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 120.

[4] Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967, S. 279.

[5] Enno Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918–1923), Berlin 1969, S. 278 u. 293.

[6] Vgl. Freiheit, Nr. 88, 24. 3. 1920; Vorwärts, Nr. 230 u. 233, 6. 5. u. 7. 5. 1920; August Müller,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter den Ländern nahm Preußen auf Grund seiner Bevölkerungszahl und seines territorialen Ausmaßes naturgemäß eine überragende Stellung ein. Bis März 1920 war die politische Entwicklung im Reich und in Preußen trotz gewisser Unstimmigkeiten in weitgehend parallelen Bahnen verlaufen. Jetzt machte das einer wachsenden Divergenz Platz. Schon die Ernennung eines eher nach links tendierenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten als Gegenstück zu dem ersten nichtsozialistischen Reichskanzler seit der Revolution signalisierte den Beginn unterschiedlicher Wege[7]. Der Kontrast bestand aber durchaus nicht in einer starren Linkstendenz in Preußen im Gegensatz zur Rechtslastigkeit im Reich. In Preußen bahnte sich die Einbeziehung der DVP in eine republikanisch-parlamentarische Koalition schon im Herbst 1920 an. Im November stimmte die DVP für die neue Preußische Verfassung, deren erster Artikel die Worte „Preußen ist eine Republik. . ." enthielt[8]; im August 1919 hatte die Volkspartei noch die Reichsverfassung auf Grund ihres republikanischen Bekenntnisses abgelehnt. Ein Jahr später (wiederum fast zwei Jahre vor dem entsprechenden Schritt im Reich) amtierte eine Regierung der Großen Koalition in Preußen, die das Krisenjahr 1923 durchstand und erst im Spätherbst 1924 zurücktrat. Eine Regierung der Weimarer Koalition löste die Große Koalition ab, und mit Ausnahme kurzer Krisenperioden blieb Preußen bis zu den Landtagswahlen 1932 ein Hort republikanischer Stabilität.

Im folgenden soll nun aufgezeigt werden, daß dem Kapp-Putsch bei der republikanischen Ausrichtung der preußischen Politik nach März 1920 eine entscheidende Rolle zukam. Obwohl es paradox klingt: das im Grunde preußische gegenrevolutionäre Unternehmen Kapps und Lüttwitz' legte wider Willen die Grundlage für die stabile demokratische Entwicklung in Preußen. Hierbei war von ausschlaggebender Bedeutung nicht nur das – wenn auch im entgegengesetzten Sinne verstandene – „Preußenbewußtsein" der alten und neuen Machthaber, sondern auch die Tatsache, daß fast alle preußischen Regierungs- und Parteiführer die Putschtage in Berlin verlebten und fast pausenlos in direktem und indirektem Kontakt miteinander blieben. Ihre Zielsetzungen wichen stark voneinander ab, aber die ständige Konfrontation mit dem erhitzten Berliner Klima und seiner Bürgerkriegsatmosphäre gab ihren Beratungen eine gemeinsame Grundlage, die sich erheblich von der Stuttgarter Perspektive der Reichsregierung unterschied.

Die Lehren der Staatsstreichepisode, in: Sozialistische Monatshefte, 54 (12. 4. 1920), S. 217–25.

[7] Erich Kuttner, Otto Braun, Berlin 1932, S. 68; Erich Koch-Weser, Vom Kleinstaat zum Reich und zum Großdeutschen Einheitsstaat, in: Zehn Jahre Deutsche Republik, hrsg. v. Anton Erkelenz, Berlin 1928, S. 92. Der Parteiausschuß der SPD erkannte die Bedeutung Preußens erst nach den Reichstagswahlen v. 6. 6. 1920. S. Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Reichstags-Fraktion, 13. 6. 1920 (Berlin 1920), S. 5.

[8] Vgl. die namentliche Abstimmung v. 30. 11. 1920, in: SBVPrLV, 30. 11. 1920, Bd. 11, Sp. 14 319–324; ferner: Die Verfassung des Freistaates Preußen, eingel. v. Paul Hirsch, Berlin 1921, S. 26.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I

In den 18 Monaten zwischen der Revolution und dem Kapp-Putsch fungierte die preußische Regierung weitgehend als Juniorpartner der Reichsregierung. Obwohl das Land Preußen, sehr zum Leidwesen der entschlossenen Unitarier, nicht aufgelöst wurde[9], schien seine historische Vormachtstellung in Deutschland ausgespielt. Reichs- und Preußische Regierung hatten die gleiche parteimäßige Zusammensetzung, aber der preußische Ministerpräsident Paul Hirsch (bis Ende Dezember 1918 amtierte der USPD-Führer Heinrich Ströbel als gleichberechtigter Regierungschef) war eine denkbar schwache Persönlichkeit, dessen Stellung auch in der eigenen Partei nicht unangefochten blieb[10]. Die starken Männer der Regierung nach dem Ausscheiden der USPD waren die auf dem äußersten rechten Flügel der SPD stehenden Wolfgang Heine[11] (Innenministerium) und Albert Südekum (Finanzministerium) sowie der Eisenbahnminister Rudolf Oeser (DDP). Alle drei verfolgten eine gemeinsame politische Linie, deren hauptsächlichste Ziele der Bestand Preußens als selbständiges Land sowie die systematische, aber pragmatische und nicht überstürzte Demokratisierung der Verwaltung bildeten[12]. Der Demokratisierung waren allerdings schon konzeptionell enge Grenzen gesetzt. Heine erkannte zwar die parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister an und befürwortete die Kommunalisierung der Landräte (wobei er ein Interesse der Parteien bei der Wahl dieser Beamten „begreiflich" fand), sah jedoch schon die Regierungspräsidenten z. B. als rein „technische Verwaltungsbeamte", die „ganz bestimmte, auf Fachkenntnisse gegründete Arbeit ... leisten"[12a]. Eine unmittelbare Gefahr für die zielstrebige Realisierung ihrer Zukunftspläne sahen die Minister vor dem Kapp-Putsch nur in den Umtrieben linksradikaler Elemente. Der nachmalige Ministerpräsident, Otto Braun, repräsentierte den linken Flügel der Regierung. Insbesondere war er das *bête noir* der DNVP-nahen agrarischen Interessenvertreter. Dennoch muß auch hier festgehalten werden, daß Pragmatismus, nicht Radikalismus Brauns Politik charakterisierte. Brauns erstes Ziel war die Erhöhung der land-

---

[9] Die komplizierten Hintergründe dieser Entscheidung wird der Verf. demnächst in einer größeren Arbeit darstellen.

[10] Erich Koch-Weser, Tagebuch-Eintragung (künftig: Koch-Weser, Tgb.), 8. 3. 1920, in: Nachlaß Koch-Weser (künftig: NL Koch-Weser), Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA). Otto Braun schreibt (Von Weimar bis Hitler, Hamburg 1949, S. 34), der spätere Rücktritt Hirschs sei „kein politischer Verlust" gewesen.

[11] Ein gutes Charakterbild Heines bringt: Willy Hellpach, Der deutsche Charakter, Bonn 1954, S. 118–22.

[12] Vgl. die Aufzeichnung Heines v. Ende März 1920, in: Nachlaß Otto Braun (künftig: NL O. Braun), 158, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (künftig IISG).

[12a] Heine an Wilhelm Sollmann, 21. 9. 1919, in: Nachlaß Sollmann (Bryn Mawr, Pennsylvania, USA). Für den Hinweis auf diesen Brief bin ich Herrn Richard Breitmann, Washington, D. C., USA, dankbar.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirtschaftlichen Produktion; radikale Umwälzungen des landwirtschaftlichen Sozialgefüges lagen ihm fern[13].

Es liegt nicht nur rückblickend auf der Hand, daß der preußischen Regierung bei ihren Bestrebungen, die Einheit Preußens zu erhalten, weit mehr Erfolg beschieden war als bei der Demokratisierung der Verwaltung[14]. Preußen überlebte nicht nur separatistische Bestrebungen während der Revolutionswochen im Rheinland und in Schlesien, sondern die Regierung, unter der Führung Heines und Oesers, widersetzte sich sogar erfolgreich einer Reihe von Autonomie- und Verreichlichungsmaßnahmen in den preußischen Grenzprovinzen[15]. Im Gegensatz zu den bitteren Auseinandersetzungen im Reichskabinett brachte der Versailler Vertrag keine Regierungskrise in Preußen. Die Regierung war einmütig in ihrer ablehnenden Haltung. Sie ging sogar so weit, den Gedanken eines preußischen Rumpfstaates im Osten als Kerngebiet des deutschen Widerstandes bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen[16].

In diesem „Preußenbewußtsein" oder, vielleicht besser, in der Überbewertung der Bedeutung Preußens für die deutsche Nachkriegsentwicklung lag ein wesentlicher, wenn auch unbewußter und mit umgekehrtem politischen Vorzeichen versehener Berührungspunkt zwischen den preußischen Republikanern und den Kappisten. Beide waren überzeugt, daß Preußen den Kern der Entwicklung Deutschlands, der demokratischen bzw. der monarchisch-restaurativen, bilden müsse. Die Zerschlagung und Dezentralisierung der preußischen Macht lehnten beide Lager ab; nicht ohne Grund erschien Heine auf mehreren Kabinettslisten der Putschisten[17].

Der Ursprung des Kapp-Putsches lag in dem gespannten Verhältnis zwischen der Reichsregierung und führenden Offizieren der Reichswehr. In der preußischen Regierung gab es keine Vertrauenskrise. Der preußische Kriegsminister, Oberst Walther Reinhardt, der sein Amt noch mit Zustimmung des Zentralrates der Deutschen Sozialistischen Republik angetreten hatte, war einer der wenigen hohen Offiziere, die die durch die Staatsumwälzung geschaffenen Zustände anerkannten, und er sah seine Amtspflicht nicht zuletzt darin, die Ressentiments unter den

---

[13] Vgl. seine Rede in der preußischen Landesversammlung v. 27. 1. 1920, in: SBVPrLV, Bd. 7, Sp. 8766–8772.

[14] Zur zeitgenössischen Kritik an den preußischen Maßnahmen auf diesem Gebiet vgl. Harry Graf Keßler, Tagebücher 1918–1937, hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, 2. 9. 1919, S. 197; ferner Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919.

[15] Vgl. Koch-Weser, Tgb. 3. 3. 1920, in NL Koch-Weser; Eimers, a. a. O., S. 394.

[16] Hagen Schulze, Der Oststaat-Plan 1919, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 123–163. Vgl. auch E. O. Volkmann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S. 282 f., 286 und 288 f.

[17] Erwin Könnemann, Zwei Denkschriften der Kapp-Putschisten über ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie, in: Beiträge Gesch. Arbbew. 9 (1969), S. 490, u. Erger, a. a. O., S. 22.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Offizieren gegen die neue Regierung abzubauen[18]. Seine Ablehnung des Versailler Vertrages war keine anti-republikanische Geste, da er sich hier in voller Übereinstimmung mit seinen Kollegen im Staatsministerium befand. Reinhardts realistische, gewissermaßen republik-freundliche, Einstellung erklärt denn auch, warum die zukünftigen Putschisten schon im Juni 1919 die Amtsenthebung des Kriegsministers als eine ihrer ersten Maßnahmen planten[19].

Die preußische Regierung, d. i. in erster Linie Heine[20], hatte eine wesentlich weniger glückliche Hand beim Aufbau und der personellen Besetzung der preußischen Polizei und des Amtes des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Letztere Dienststelle, deren Aufgabe die Berichterstattung über die Umtriebe und Pläne in rechts- und linksradikalen Kreisen war, geriet unter der Führung Herbert von Bergers zu einem Amt, dessen leitende Beamte enge und engste Verbindungen zum Kapp-Lager unterhielten[21]. Folgerichtig riet Berger auch von Maßnahmen der Regierung gegen die Rechtsextremisten ab[22]. Die Unzuverlässigkeit der preußischen Sicherheitspolizei gab selbst Heine nach dem Putsch zu[23]. Ursprünglich von dem Kapp- und Ludendorff-Vertrauten Major Pabst gegründet, war sie mit rechtsextremen Elementen durchsetzt, die die Aufgabe ihrer Truppe nicht zuletzt im Sturz der Regierung sahen[24]. Selbst General v. Seeckt meinte, die Haltung der Sipo-Offiziere rufe „große Zweifel hervor"[25]. Dem Polizei-Referenten im Innenministerium, Doyé, widerfuhr während des Putsches die zweifelhafte Ehre, der einzige von Kapp ernannte Staatssekretär gewesen zu sein[26].

Eine weitere staatliche Ordnungseinrichtung, die als örtliche Selbstschutzorganisationen geplanten Einwohnerwehren (E. W.), versagte ebenfalls als Stütze des parlamentarischen Systems. Die E. W., mit einer Gesamtstärke von 626 764 Mann (1. 1. 1919) in ganz Preußen[27], sollten zwar überparteilich und parteilos sein[28] und

---

18 Vgl. Reinhardts Ausführungen, in: SBVPrLV, 17. 3. 1919, Bd. 1, Sp. 198–99, u. Erger, a. a. O., S. 17, Anm. 6, u. S. 59.

19 Erger, a. a. O., S. 37.

20 Koch-Weser, Tgb. 13. 3. u. 20. 3. 1920.

21 Erger, a. a. O., S. 134, u. die Bemerkungen Kurt Rosenfelds (USPD), in: SBVPrLV, 16. 12. 1919, Bd. 7, Sp. 8145 – Bergers Rechtfertigungsschrift in: Die Tätigkeit des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung anläßlich des Staatsstreiches am 13. 3. 1920 (16. 4. 1920), Nachlaß Wolfgang Heine (künftig: NL Heine), Nr. 355, IISG.

22 Berger an O. Braun, 8. 3. 1920, NL Braun, Nr. 95, IISG.

23 Heine an Eugen Ernst, 27. 3. 1920, in: NL Heine, Nr. 337, IISG.

24 SBVPrLV, 6. 7. 1920, Bd. 9, Sp. 11 610, u. Erger, a. a. O., S. 91 u. 134

25 Karl Brammer (Hrsg.), Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Jagow-Prozeß, Berlin 1922, S. 33.

26 Hans H. Biegert, Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 193–94.

27 Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin [Ost] 1971, S. 139.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur für örtliche Ruhe und Ordnung sorgen, doch innerorganisatorische und staatliche Maßnahmen schufen eine wachsende Rechtstendenz innerhalb der E. W. Heines Verbot, Mitglieder der USPD in die E. W. aufzunehmen[29], verschärfte den durch die deutsche Sozialstruktur ohnehin schon gegebenen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft[30]. Besonders in den östlichen Provinzen vollzog sich der Aufbau der E. W. weitgehend ohne Kontrolle und Wissen des übergeordneten Innenministeriums[31]. In den Plänen der Putschisten fungierten die E. W. als umsturzfreundliche Elemente[32] – was die zentrale Führung und eine Reihe von Provinzorganisationen anbetraf – durchaus zu Recht.

Um die Jahreswende 1919/20 steuerte auch Preußen sichtlich auf eine politische Krise zu. Es lag eine politische Schwüle in der Luft. Die Oppositionsparteien drängten auf Neuwahlen, von denen sie und insgeheim auch die Regierungsparteien enormen Stimmenzuwachs für die Rechte erwarteten. Die Koalitionsparteien begannen sich gegen die erwartete Trendwende abzusichern; sie distanzierten sich von den Koalitionspartnern[33]. Einig waren sich Koalition und Opposition allerdings bei der Vorlage und Annahme einer schier endlosen Reihe von Gehaltszulage- und Subventionsgesetzen, die offensichtlich auf das Wählerpotential der einzelnen Parteien abgestimmt waren[34]. Außerdem war die politische Atmosphäre mit Putschgerüchten von rechts und links geladen[35]. Der Ministerpräsident, Paul Hirsch, ließ die Dinge mehr oder weniger treiben; Wolfgang Heine dagegen unternahm erhebliche Anstrengungen, das politische Gewitter zu entladen und die parlamentarische Koalition zu festigen. Leider machte er hierbei den entscheidenden Fehler, den Beteuerungen von rechts, daß die Gefahr eines Rechtsputsches ein „Märchen" sei[36], Glauben zu schenken, nahm aber die Berliner Unruhen während

[29] Peter Bucher, Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen, 1918–1921, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 9 (1971), S. 45–46.

[29] Siehe v. Wolff (E. W.-Oberkreisrat in Hannover): „Entsprechend de[m] Erlaß vom 15. September 1919 und der Willensmeinung . . . Heine[s] sind alle Versuche, den U.[nabhängigen] S.[ozialisten] Eintritt in die E. W. zu verschaffen . . . abgewiesen worden." In: „Bericht über den Stand des Einwohnerwehrwesens", 27. 3. 1920, Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover (künftig: NStAH), 122a/XXXVII/65.

[30] Ebenda. Vgl. auch Könnemann, a. a. O., S. 277. Heine rechtfertigte seine Politik in dem Artikel: Die Beamten der Republik, in: Soz. Mhfte, 63 (20. 9. 1926), S. 610.

[31] Siehe den Protest des SPD-Bezirksvorstandes Pommern v. 12. 9. 1919, in: Nachlaß Albert Grzesinski (künftig: NL Grzesinski) 503 (IISG). Eine Untersuchung des MfLuF. v. 15. 6. 1919 (ebenda, 508) kam zu ähnlichen Ergebnissen. Vgl. auch Könnemann, a. a. O., S. 142 f.

[32] Könnemannt, a. a. O., S. 144 f.

[33] Die Spannungen entluden sich laufend in den Debatten der LV. Siehe z. B. SBVPrLV, 6. 11., 10. 11. u. 11. 11. 1919, Bd. 5, Sp. 5931–33, 6123 u. 6174.

[34] Vgl. die diesbezügl. Gesetzentwürfe in: Sammlung der Drucksachen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung (DrVPrLV), Berlin 1921, Bd. 8.

[35] Vgl. Vorwärts, Nr. 318, 24. 6. 1919; Ernst Heilmann, Die Noskegarde, Berlin [1919], S. 21–23; ferner die Debatte über die Umtriebe des Bundes der Landwirte in Pommern in: SBVPrLV, 27. u. 28. 1. 1920, Bd. 4, Sp. 8770–91.

[36] Vgl. Dr. v. Kries (DNVP) in: SBVPrLV, 30. 9. 1919, Bd. 4, Sp. 4508.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Beratung des Reichsbetriebsrätegesetzes im Januar 1920 zum Anlaß, die Linksopposition derart anzugreifen[37], daß selbst bürgerliche Demokraten seine Schärfe als übertrieben betrachteten[38]. Das politische Ziel des Innenministers blieb übrigens vor und nach dem Putsch konstant: er bemühte sich, eine arbeitsfähige Koalition zwischen SPD, DDP und Zentrum zu schaffen, die er in erster Linie dadurch gefährdet sah, daß die SPD ständig meinte, auf die USPD Rücksicht nehmen zu müssen. Für Heine waren die Unabhängigen Sozialisten verkappte (und um so gefährlichere) Kommunisten; die USPD war die „Zuhälterin" der KPD[39].

Die unmittelbare Vorgeschichte des Kapp-Putsches darf als bekannt vorausgesetzt werden[40]. Heine, Berger und Noske schoben sich später gegenseitig den Schwarzen Peter zu, wobei der preußische Innenminister der Reichsregierung insbesondere vorwarf, das preußische Staatsministerium bewußt über die aufziehende Gefahr im Dunkeln gelassen zu haben[41]; doch steht fest, daß Heine zumindest von dem „vollkommen negative[n]" Ergebnis der Unterredung Lüttwitz–Ebert am 10. März wußte[42]. Sowohl Noske als auch Heine schenkten den Putschgerüchten aber leichtfertig keinen Glauben[43]. Nachdem der Anmarsch der Erhardt-Brigade „spät abends"[44] zur Gewißheit geworden war, versuchte Heine noch in letzter Minute – vergeblich – die Sicherheitspolizei und Teile der E. W. zu alarmieren[45]. Die E. W. Charlottenburg begrüßte freudig die Ehrhardt-Truppen, und die Führer der Sipo erkannten Kapp am darauffolgenden Tag an[46].

Um Mitternacht trat das Reichskabinett zusammen. Von der preußischen Regierung wurden die Minister Hirsch, Heine, Haenisch (Kultus), Braun und Reinhardt hinzugezogen. Bei der Erörterung möglicher Gegenmaßnahmen plädierten nur Noske und Reinhardt für bewaffneten Widerstand. Reinhardt begründete seine Stellungnahme in scharfsinniger Voraussicht der zukünftigen Entwicklung mit der Gefahr einer bewaffneten Arbeitergegenwehr, falls der Widerstand der Reichswehr ausbleiben sollte. (Übrigens blieb der Kriegsminister seinen pragmatischen Prinzipien auch während der Putsch-Tage treu. Er gab klare Befehle gegen

---

37 Heine nahm die Demonstrationen am 13. 1. 1920 zum Anlaß, erneut den Ausnahmezustand über Berlin zu verhängen.

38 Vgl. Schlossmann (DD) in: SBVPrLV, 31. 1. 1920, Bd. 7, Sp. 9037.

39 Vgl. die LV-Debatte über die Unruhen v. 13. 1. 1920 und Heines Gegenmaßnahmen, 27., 28. u. 29. 1. 1920, in: SBVPrLV, Bd. 7, Sp. 8770 ff.

40 Erger, a. a. O., S. 116–18.

41 Heine an Hirsch, 26. 3. 1920, in: NL Heine, 338 (IISG).

42 Berger, „Tätigkeit", S. 15 f.

43 Braun, a. a. O., S. 28.

44 Berger, „Tätigkeit", S. 19.

45 Heine, „Aufzeichnungen über den Verlauf des Kapp-Putsches", ca. März 1920, S. 3, in: NL Heine, 347 (IISG); Ludwig Diesske, Sicherheitskräfte in Preußen zu Beginn der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), B 47/69 (22. 11. 1969), S. 42.

46 Erger, a. a. O., S. 151 u. 191.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jegliche Zusammenarbeit mit den Putschisten heraus und konzipierte den Aufruf der preußischen Regierung vom 17. März, der ausdrücklich die loyale Haltung eines Teils der Reichswehr hervorhob[47].) Unter den zivilen Ministern riet nur Otto Braun zu energischem Widerstand[48].

Nachdem die Mehrheit des Reichskabinetts bewaffnete Widerstandsmaßnahmen abgelehnt hatte, stellte sich die weitere Frage nach dem Verbleiben der Minister in Berlin. Auch hier liefen die Meinungen auseinander. Heine und Hirsch vertraten den Standpunkt, daß die Abreise des Kabinetts einer Flucht gleichkäme; Ebert, Braun und Bauer schwankten in ihrem Urteil. Noske, Schiffer und insbesondere Koch lieferten jedoch die entscheidenden Argumente (das Sammeln von regierungstreuen Truppen außerhalb Berlins), die das Reichskabinett davon überzeugten, die Hauptstadt verlassen zu müssen[49]. Nur der Vizekanzler Schiffer blieb sozusagen als Beobachter zurück[49a]. Unter den preußischen Ministern verließ nur Otto Braun, der infolge seiner scharfen Auseinandersetzungen mit den agrarischen Interessenvertretern in akuter Lebensgefahr schwebte, widerwillig die Reichshauptstadt[50]. Die übrigen Minister (mit Ausnahme des Finanzministers Südekum) versammelten sich in der Dienstwohnung des Ministerpräsidenten und erwarteten ihr Schicksal. Hierdurch ergab sich die bemerkenswerte Situation, daß fast alle maßgeblichen Reichsminister die Putschtage in Dresden und Stuttgart verbrachten, während die führenden preußischen Politiker (Parlamentarier und Minister) in Berlin zurückblieben, wo sie nicht nur in unmittelbarem Kontakt zu dem Kapp-Lager standen, sondern auch untereinander und zu den gewerkschaftlichen Führungskräften direkte und laufende Beziehungen unterhielten. Es entstand infolgedessen eine fluide Verhandlungsatmosphäre, bei der die Parlamentarier aller Parteien im Mittelpunkt standen und die sich in mancher Hinsicht vorteilhaft von den starren, ultimativen Forderungen der Stuttgarter Perspektive abhob.

---

[47] Erger, a. a. O., S. 141–42, 144, 146 u 183 ff. Vgl. auch Brammer, a. a. O., S. 35, und „Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt", hrsg. v. Fritz Ernst, in: Welt als Geschichte 18 (1958), S. 101, 104 u. 107.

[48] Braun an Rudolf Vogler, 28. 12. 1921, in: NL O. Braun 114 (IISG).

[49] O. V. [Heine], „Notizen über Besprechung 12./13. 3.", in: ebenda, 136; ferner Erger, a. a. O., S. 148.

[49a] Der Reichsminister für Wiederaufbau und spätere Reichswehrminister Otto Gessler begleitete die Minister auf Grund irrtümlicher Informationen. Ebert hatte vorgesehen, daß er Schiffer in Berlin unterstützen sollte. Siehe Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. v. Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 123.

[50] Kuttner, a. a. O., S. 67; Paul Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929, S. 218–19; Braun, a. a. O., S. 30.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II

Die erste Verbindung zu der neuen „Regierung" Kapp ließ nicht lange auf sich warten. In den frühen Morgenstunden des Sonnabends (13. 3.) erschienen Offiziere und setzten das Staatsministerium unter Hausarrest[51]. Zu diesem Zeitpunkt scheint die Gruppe ziemlich gebrochen gewesen zu sein. Hirsch und Stegerwald (der Zentrums-Minister für Volkswohlfahrt) saßen apathisch da, Heine beteuerte laut, ihm könne nichts geschehen, da er ja sowieso um seine Entlassung gebeten habe. Nur Berger und Oeser standen noch über der Situation, wobei der erstere ohnehin nichts von den Putschisten zu befürchten hatte[52]. Die Haft war allerdings nicht von langer Dauer, schon am Spätnachmittag erhielt das Kabinett seine Bewegungsfreiheit zurück[53].

Kapps Großzügigkeit stand in engem Zusammenhang mit den Bemühungen der Putschisten, einzelne Mitglieder des preußischen Kabinetts zur Zusammenarbeit mit der neuen „Regierung" zu bewegen. Schon um Mittag wurde am Sonnabend Oeser von Kapps neuernanntem Innenminister, Gottlieb von Jagow, gebeten, dem Kabinett Kapp beizutreten. Wenig später forderte Lüttwitz alle preußischen Minister auf, in die Reichskanzlei zu kommen[54]. Die Mitglieder des Staatsministeriums weigerten sich der Aufforderung als Minister Folge zu leisten. Heine und Oeser begaben sich jedoch zur rein persönlichen Information in die Reichskanzlei. Sie fanden dort aber nur das schon oft beschriebene heillose Durcheinander vor[55].

In diesen Kontaktversuchen seitens Kapps zeichnete sich schon frühzeitig die preußische Komponente des Kapp-Lüttwitz-Putsches ab, d. h. das Bestreben, die politische Stellung Preußens in Deutschland zu behaupten und auszubauen, wobei die Putschisten offenbar hofften, daß die preußischen Minister diesen Zielsetzungen nicht ganz unsympathisch gegenüberstehen würden. In der Tat mag Kapp in seiner politischen Naivität einige oberflächliche Übereinstimmungen zwischen seinem Preußen-Programm und der Kritik der preußischen Regierung an dem Verhältnis Preußen–Reich nach 1918 zur grundsätzlichen Einigkeit hochgespielt haben. Südekum z. B. artikulierte Bedenken gegen Erzbergers Reichsfinanzreform[56], wobei er allerdings weit davon entfernt war, sich mit Kapps Ziel, die Steuerhoheit

---

[51] Vgl. den Bericht Oesers in: Brammer, a. a. O., S. 39–40.

[52] Diese Beschreibung fußt auf einer späteren Darstellung Frau Oesers gegenüber dem Berliner Journalisten Ernst Feder; vgl. Ernst Feder, Heute sprach ich mit . . . Tagebücher, hrsg. v. Cecile Lowenthal-Hensel u. Arnold Paucker, Frankfurt a. M. 1971, S. 127–28 (20. 6. 1927).

[53] Erger, a. a. O., S. 156. Hirsch, a. a. O., S. 219, gibt als Datum der Enthaftung irrtümlicherweise den 14. 3. an.

[54] Brammer, a. a. O., S. 39–40, u. Heine a. a. O., S. 5.

[55] Brammer, a. a. O., S. 39–40.

[56] Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy, Princeton, N. J., 1959 (Neudruck: New York 1971), S. 339.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Länder wiederherzustellen[57], zu identifizieren. Heines und Kapps Versuche, die Autonomiebestrebungen der Provinzen einzudämmen bzw. zu verhindern[58], wiesen dagegen schon weiterreichende Parallelen auf. Selbst die oberflächlichen Übereinstimmungen endeten jedoch bei Kapps Versuchen, das Parlament und den Parlamentarismus auszuschalten und das Vorkriegs-Verhältnis Reich–Preußen zu restaurieren. Der selbsternannte „Reichskanzler" führte in Personalunion das Amt des preußischen Ministerpräsidenten. In dieser Eigenschaft löste er sofort die LV (Landesversammlung) auf[59]. (Nur den Reichsrat ließ Kapp bestehen, eine Entscheidung, die wohl nicht zuletzt auf der Erwägung beruhte, daß die verfassungsmäßige Vormachtstellung Preußens im Vorkriegsdeutschland in diesem Gremium verankert war.)

Das Verhältnis zwischen den Putschisten, den Ministern der alten Regierung und der höheren preußischen Beamtenschaft bleibt ein besonders delikates Kapitel der „Kappiade". Einzelne hohe Beamte, so der Unterstaatssekretär Dr. Freund und der Ministerialdirektor Dr. Meister vom preußischen Innenministerium, versuchten zwar sofort, ihre Untergebenen im Sinne der alten Regierung zu beeinflussen[60], aber die Mehrzahl der hohen Beamten wird dem Putsch immerhin mit Sympathie gegenübergestanden haben[61]. Die preußischen Staatssekretäre entschlossen sich erst einen Tag nach den Unterstaatssekretären des Reiches, eine Erklärung dahin abzugeben, daß sie keine Anweisungen von der neuen „Regierung" entgegennehmen würden[62]. Allerdings muß man den preußischen Beamten zugute halten, daß ihre vorgesetzten Minister und Provinzialbeamten ebenfalls eine nicht immer eindeutige Haltung einnahmen, wenn das auch teilweise aus edlen Motiven herrührte. Der Eisenbahnminister Oeser war de facto doppelt bestellter Minister während der Kapp-Tage: Sowohl Kapp und Lüttwitz[63] wie auch Vertreter der Eisenbahnerverbände baten ihn, im Amt zu bleiben[64]. Er lehnte Kapps Aufforderung ab und nahm die der Eisenbahner an, aber praktisch verkörperte er dennoch eine Kontinuität zwischen Kapp und der alten Regierung. Eugen Ernst (SPD), der

---

[57] Erger, a. a. O., S. 158–59.

[58] Hans Dietrich Lehmann, Der ‚Deutsche Ausschuß' und die Abstimmungen in Schleswig 1920, Neumünster 1969, S. 265.

[59] Erger, a. a. O., S. 155. Vgl. den Faksimile-Abdruck des Anschlags betr. die Auflösung der pr. LV gez. „Der preußische Ministerpräsident Kapp" in: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 462. Gegen die Auflösung legte der Seniorenkonvent der LV – einschließlich der Vertreter der DNVP und DVP – Protest ein. Vgl. Koch-Weser, Tgb., 14. 3. 1920.

[60] Vgl. die Aussagen StS. Dr. Freund u. MinDr. Dr. Meister in: Brammer, a. a. O., S. 56–58.

[61] Vgl. Niegel (stellvertr. Obmann d. Angestellten-Ausschusses beim Heeresabwicklungsamt Preußen) an RK, 24. 3. 1920, in: BA/RK 431/2720.

[62] Karl Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, Berlin 1920, S. 53.

[63] Robert Jansen, Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin 1920, S. 61.

[64] Heine a. a. O., S. 5.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Polizeipräsident von Berlin, blieb ebenfalls im Amt[65] und „machte Kapp . . . keine Schwierigkeiten"[66], was die in Ostpreußen kursierenden Gerüchte, Ernst sei der neuen Regierung beigetreten[67], immerhin glaubhaft erscheinen ließ. Kapp wollte zwar Heine nicht im preußischen Innenministerium belassen, wohl aber bestand die Absicht, dem SPD-Politiker das Justizministerium anzubieten[68]. Auch gegen Südekum (Finanzen)[69] und Stegerwald (Volkswohlfahrt)[70] hatte Kapp keine unmittelbaren Einwände.

Mit der Ernennung seines neuen preußischen Innenministers, Gottlieb von Jagow, deckte Kapp die wahre Kluft zwischen seiner Politik und den Ansichten der Koalitionsregierung auf. Jagow, dessen Ernennung schon seit Juli 1919 feststand[71], übernahm sein Amt in den frühen Morgenstunden des 13. März. Zu seinem Staatssekretär wurde Heines ehemaliger Poizeireferent, Doyé, ernannt. Obwohl Jagows Amtszeit nur wenige Tage umfaßte und keine praktischen Konsequenzen hatte, lassen sich die Umrisse einer preußischen Personalpolitik in den Abberufungen und Neuernennungen politischer Provinzbeamten erkennen. Der neue Innenminister entließ vier Oberpräsidenten, mit einer Ausnahme sämtlich in ostelbischen Gebieten (Pommern, Schlesien, Sachsen und Schleswig-Holstein). Unter den acht zur Disposition gestellten Regierungspräsidenten befand sich ebenfalls nur einer, der einem Regierungsbezirk westlich der Elbe vorstand (Potsdam, Frankfurt a. O., Köslin, Stralsund, Breslau, Liegnitz, Magdeburg und Arnsberg). Parteimäßig gehörten die entlassenen Beamten sowohl der SPD wie auch der DDP an[72]. Kapps und Jagows unmittelbare personalpolitische Absichten traten somit klar zutage: Abbruch der Demokratisierungstendenzen und gleichzeitige Wiederherstellung der konservativen Vorherrschaft in den östlichen Provinzen Preußens, sowie Entschärfung der Autonomiegefahr in Oberschlesien und Schleswig-Holstein durch die Ernennung von zentralistischen und erzkonservativen Oberpräsidenten (Lippmann in Schleswig-Holstein und v. Kessel [DNVP-MdLV] in Schlesien). Mögliche Konsequenzen dieser Handlungen für die bevorstehenden Abstimmungen in den umstrittenen Gebieten bezogen die Putschisten nicht in ihre Kalkulationen ein.

Die enge, interessenbezogene Orientierung auf den preußischen Osten zeigte sich auch in Kapps zweiter Ministerernennung: Freiherr v. Wangenheim übernahm als Nachfolger Otto Brauns das Landwirtschaftsministerium. Braun selbst

---

65 Vgl. ein von den Putschisten am 15. 3. verbreitetes Flugblatt; ein Exemplar in: BA/RK 461/2720.

66 Erger, a. a. O., S. 124 f.

67 August Winnig, Urkunden über mein Verhalten zur Gegenregierung [Königsberg 1920], S. 7.

68 Brammer, Jagow, S. 65 u. 73.

69 Volkmann, a. a. O., S. 370, u. Erger, a. a. O., S. 101 u. 169.

70 Ludendorff meinte zu erinnern, daß Lüttwitz sich mit dem Gedanken eines Triumvirates Noske, Heine und Stegerwald trug. Vgl. Brammer, Jagow, S. 73.

71 Erger, a. a. O., S. 42 u. 94.

72 Ebenda, S. 170, u. Brammer, Jagow, S. 57.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entzog sich durch seine Reise nach Stuttgart der Rache der Putschisten, doch sein Staatssekretär, Eberhard Ramm, wurde verhaftet. Wangenheim, einer der engsten Mitarbeiter Kapps und Lüttwitz'[73], war schon vor den Märzereignissen als Vorsitzender des Bundes der Landwirte und aktiver Teilnehmer an den Agrarunruhen in Pommern einer der stärksten Widersacher Otto Brauns gewesen. Seine Ernennung zum Minister konnte nur die Wiederherstellung der engen Vorkriegsverbindugen zwischen preußischer Regierung und den Großgrundbesitzern Ostelbiens signalisieren.

Da es Kapp in seiner fünftägigen „Amtszeit" nicht einmal gelang, die Berliner Zentralbehörden unter seine Kontrolle zu bringen, hatte der Putsch naturgemäß noch weniger konkrete Auswirkungen in den Provinzen. Der neue Innenminister hatte offenbar auch keine große Eile, sich mit den Provinzen in Verbindung zu setzen; die ersten Informationen über die Berliner Vorgänge erhielten die Oberpräsidenten durch das Reichsinnenministerium. Dennoch bestanden erhebliche regionale Unterschiede in dem Verhältnis der Provinzbeamten zu den Putschisten. Im allgemeinen darf man zusammenfassen: Kapps Einfluß erstreckte sich in der Hauptsache auf den preußischen Osten, die westlichen Provinzen hielten der alten Regierung überwiegend die Treue. Ausnahmen bildeten nur Gebiete, in denen namhafte Autonomie- oder Separatismusbewegungen nicht sofort durch starke und spontane Gegenbestrebungen der Arbeiterräte blockiert wurden[74].

Die Zusammenarbeit zwischen Provinzbehörden und den neuen Machthabern vollzog sich am reibungslosesten in Kapps Heimatprovinz Ostpreußen. Hier hatte sich eine langjährige konservative Tradition der Bevölkerung und insbesondere des Beamtenkörpers mit Nachkriegstendenzen gepaart, die darauf hinausliefen, der Provinz politische und wirtschaftliche Sonderrechte einzuräumen. Der undurchsichtige, aber persönlich sehr ehrgeizige sozialdemokratische Oberpräsident Winnig stellte sich an die Spitze dieser Bestrebungen, die, da die preußische Regierung es ablehnte, namhafte Konzessionen zu gewähren, zunehmend in Opposition zu den Berliner Behörden gerieten[75]. Die alten konservativen Kreise betrachteten die Berliner Entwicklung naturgemäß ebenfalls mit Argwohn, so ergab sich hier eine gewisse Symbiose durchaus verschiedener politischer Richtungen. Bei Ausbruch des Putsches war Ostpreußen jedenfalls fest in Kapps Hand; Reichswehr und Zivilbehörden erkannten die neue „Regierung" als tatsächlichen Inhaber der Macht an[76]. Die Entwicklung in Schlesien, besonders in Oberschlesien, zeigte auffallende

[73] Erger, a. a. O., S. 95.

[74] Vgl. Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat, Stuttgart 1965, S. 130–31, u. Erger, a. a. O., S. 212–13.

[75] Zu dem „Ostpreußen-Problem", das auch teilweise ein „Winnig-Problem" war: Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Berlin 1963, Bd. I., S. 268–76, u. Eimers, a. a. O., S. 182–88; ferner Hagen Schulze, a. a. O. Zu der kontroversen Stellung Winnigs auch innerhalb der SPD vgl. Freiheit, Nr. 630, 28. 12. 1919, u. Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart 1947–1948, Bd. II, S. 169.

[76] Winnigs Rechtfertigungsversuche in: Winnig, a. a. O. – Vgl. die Memoiren des damaligen

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parallelen zu der Situation in Ostpreußen. Auch hier hatten der Oberpräsident Philipp (DDP) und der Polizeipräsident von Breslau, Friedrich Voigt (SPD), im Interesse einer einheitlichen Haltung aller deutschen Gruppen gegenüber polnischen Bestrebungen, die regierungsfeindlichen Umtriebe der konservativen Kreise und der Anhänger Kapps nicht konsequent bekämpft. Dies hinderte zwar Jagow nicht, Philipp abzusetzen, erleichterte es aber den Putschisten, Schlesien auf ihre Seite zu ziehen[77].

In Schleswig-Holstein war die politische Lage bei Ausbruch des Putsches besonders brisant[78]. Die Abstimmung über die nationale Zukunft der zweiten Schleswiger Zone stand unmittelbar bevor (Termin war der 14. März), während Autonomie-Forderungen der Provinz schon mehrmals die LV beschäftigt hatten. Kapps Maßnahmen konnten die politische Lage also nur verschärfen. Die Offiziere der Reichswehr-Einheiten stellten sich auf die Seite Kapps[79]; der Stadtkommandant von Kiel erließ einen Haftbefehl gegen den Oberpräsidenten Kürbis (SPD), noch bevor dieser von Jagow amtsenthoben wurde[80]. Nur wenige Zivilbeamte weigerten sich, unter seinem „Nachfolger" Lindemann, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Kiel, weiter zu arbeiten[81]. Der Regierungspräsident von Schleswig stellte sich auf den Standpunkt, daß er der alten und der neuen Regierung gleichzeitig dienen könne[82]. Die untergeordneten Zivil- und Militärbehörden verhielten sich demgegenüber wesentlich zurückhaltender. Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr-Einheiten hielten der alten Regierung die Treue[83]. Die Landräte nahmen – wenngleich oft unter unmittelbarem Druck der Arbeiterschaft – ebenfalls größtenteils eine loyale Haltung ein und verhinderten dadurch, daß Reichswehr-Einheiten in ihrem Gebiet, geblendet durch Augenblicksemotionen, zu Kapp überliefen[84]. Die Schlüsselstellung der bewaffneten Macht in Kapps Provinzstrategie (insofern es eine solche überhaupt gab) ergibt sich auch aus den nachgelassenen Schriftstücken des kurzfristigen Oberpräsidenten Lindemann: Von fünf Amts-

---

Regierungspräsidenten von Gumbinnen, Magnus Freiherr v. Braun, Von Ostpreußen bis Texas, Stollhamm (Oldb.) 1955, S. 182.

77 Erger, a. a. O., S. 213.

78 Adolf Köster, Der Kampf um Schleswig, Berlin 1921, S. 181.

79 Vgl. v. Hammerstein (RW-Befehlshaber v. Schleswig-Stadt und -Land) an RWM, 11. 4. 1920, u. Kürbis (OPrä Schleswig-Holstein) an RJM, 3. 6. 1920, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein (künftig: LASH) (Schleswig)/301/5713.

80 Tel. MdI an Kürbis, 15. 3. 1920, u. Haftbefehl (gez. Loof, Stadtkommandant Kiel) ebenda, 301/5712 u. 5713. Heine setzte Kürbis am 19. 3. wieder ein; ebenda, 301/5712.

81 Vgl. „Niederschrift über Einwände und Konferenz Lindemanns mit sechs sträubenden Beamten", 15. 3. 1920, ebenda.

82 Siehe seinen Aufruf, ebenda.

83 Adler an Kürbis, 7. 4. 1920, in: LASH/301/5713.

84 Vgl. die „Tagebucheintragung des Wandsbeker Bürgermeisters Erich Wasa Rodig v. 13. 3. 1920 und seinen Lebenslauf und Familienerinnerungen" [1938], S. 56–57. Originalexemplare beider Mss. befinden sich in der Forschungsstelle für die Geschichte des NS in Hamburg (Hamburg).

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen befaßten sich zwei mit den Rechten der Reichswehr und den Einwohnerwehren unter den neuen Machthabern[85].

Unter den westlichen Provinzen nahm Hannover eine gewisse Sonderstellung ein, weil einmal der Oberpräsident Ernst v. Richter (der gleichzeitig ein führendes Mitglied der DVP-LV-Fraktion war) allein unter den Provinzchefs im Westen Kapp mit Sympathie gegenüberstand[86] und weil zudem die sonst eher altkonservativen Einwohnerwehren in Hannover stark mit Anhängern der autonomistischen Welfen-Bewegung durchsetzt waren[87]. Am folgenschwersten war der Putsch ohne Frage im Ruhrgebiet. Akute Spannungen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum hatten hier eine sozial und politisch labile Lage[88] geschaffen, die der Kapp-Putsch zur Explosion brachte[89]. Die ausdrücklich loyale Haltung der Zivilbehörden[90] wog in den Augen der Arbeiter nicht die opportunistische und abwartende Stellung der bewaffneten Macht auf[91].

Besonders im Ruhrgebiet, aber auch sonst in Preußen, hinterließ der Kapp-Putsch bleibende Verbitterung, weil die angeblich politisch neutralen Ordnungsmächte – Reichswehr, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren – häufig eilig und freudig Kapps „Regierung" anerkannt hatten. In erhöhtem Maße galt dies für die E. W., deren Begriffe parteipolitischer Neutralität noch aus der obrigkeitsstaatlichen Ära stammten[92] und die sich größtenteils nicht als örtliche Polizeitruppe, sondern als revanchistische Reichswehr-Reserve sahen[93]. Insbesondere die Führung der E. W. „sündigte" schwer[94] während des Putsches. Die Reichszentrale erließ noch am Sonnabend einen Aufruf, in dem sie sich hinter die neue „Regierung der Arbeit" stellte, die „nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke

---

85 Siehe die Aufzeichnung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht v. 5. 4. 1920, in: LASH/301/5712.

86 Die preußische Regierung setzte ihn nach dem Putsch ab. Severings Ausführungen in: DrSVPrLV, Bd. 10, S. 5739. Siehe auch Richters Rechtfertigungsschreiben an d. Pr. MdI, 30. 4. 1920 (paraphierter und korrigierter Entwurf), in: NStAH/12a/XXXVII/156.

87 Siehe Oberkreisrat v. Wolff, „Bericht über den Stand des Einwohnerwehrwesens", 27. 3. 1920, in: NStAH/122a/XXXVII/65.

88 Allgemein zur Nachkriegsentwicklung im Ruhrgebiet: Carl Severing, 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1920, und neuerdings George Eliasberg, Der Ruhrkrieg 1920, in: Archiv für Sozialgeschichte 10 (1970), S. 291–377 (in erweiterter Fassung als Buch unter dem Titel „Der Ruhrkrieg von 1920", Bonn – Bad Godesberg 1974, erschienen), und Erhard Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand. März–April 1920, Frankfurt/Main 1970.

89 Severing, a. a. O., S. 135 f.; Eliasberg, a. a. O., S. 312 f.

90 Erger, a. a. O., S. 186.

91 Auch hier gab es lobenswerte Ausnahmen. Die Sicherheitswehren in Essen und Dortmund z. B. waren eindeutig gegen Kapp eingestellt; siehe Eliasberg, a. a. O., S. 320.

92 Die E. W. sahen in der Anerkennung der demokratischen Staatsform eine parteipolitische Einstellung; vgl. Bucher, a. a. O., S. 44.

93 Angaben über beruflichen Werdegang und mil. Qualifikationen der E. W.-Kreisräte in der Provinz Hannover in: NStAH/122a/XXXVII/23.

94 So Dr. Schreiber (DDP), in: SBVPrLV, 28. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 192.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschlands einstweilen in die Hand genommen [hat]"[95]. Von einer aktiven Unterstützung der alten Regierung ist nirgends die Rede, so daß Heines noch am 20. März ausgegebener Persilschein („Sie [die E. W.] stehen nach wie vor einmütig hinter der verfassungsmäßigen Regierung . . ."[96]) weniger die politische Einstellung der E. W.-Zentrale charakterisiert als den Realitätssinn des Ministers in Frage stellt.

III

Ohne zuverlässige Ordnungstruppe und größtenteils abgeschlossen von ihren Provinzbehörden, entschied sich das Schicksal der preußischen Regierung, nicht weniger als das der Reichsregierung, im Zusammenwirken parlamentarischer und außerparlamentarischer Interessengruppen. Im Gegensatz zu ihren Kollegen im Reich waren die preußischen Politiker allerdings in der Lage, aktiv und unmittelbar in die Berliner Verhandlungen mit Putschisten, Parlamentariern und Gewerkschaftsführern einzugreifen.

Unter Zeitgenossen wie Historikern war und ist umstritten, ob der passive Widerstand der Beamten oder der Generalstreik der Arbeiterschaft den ausschlaggebenden außerparlamentarischen Faktor bei dem Niederschlag des Putsches bildete[97]. Ohne Frage erschwerte das *de facto* Zusammenwirken beider Ereignisse Kapps Lage ungemein, obwohl von Koordination oder gemeinsamen Zielsetzungen keine Rede sein konnte[98]. Im Gegenteil, während die Beamten eine zügige Wiederherstellung geordneter und legaler Zustände forderten, streikten die Arbeiter nicht nur, um Kapp zu beseitigen, sondern auch um die enttäuschenden[99] Ergebnisse der Revolution 1918/19 auf politischem, wirtschaftsstrukturellem und sozialpolitischem Gebiet zu revidieren[100].

Die Generalkommission des ADGB unter Führung Carl Legiens beschloß schon am Morgen des 13. März „nach kurzer Beratung"[101], in den Generalstreik zu treten, obgleich der Streikaufruf selbst erst am Sonntag erschien. Die Streikerklärung (den Text verfaßte der Pressechef der Reichsregierung, Ulrich Rauscher) erhielt

---

95 Ein Exemplar des Aufrufes in: NStAH/122a/XXXVII/156.

96 PrMdI an OPrä, 20. 3. 1920, ebenda.

97 Vgl. Albert C. Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 101; Jansen, a. a. O., S. 17; die Ausführungen Limbertz' in: SBVPrLV (30. 3. 1920), Bd. 8, Sp. 10 547; siehe auch Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1975, S. 75 ff., u. Erger, a. a. O., S. 299.

98 Runge, a. a. O., S. 124.

99 Eliasberg, a. a. O., S. 300.

100 Erger, a. a. O., S. 197, u. Theodor Buddeberg, Das soziologische Problem der Sozialdemokratie, in: Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik 49 (1922), S. 131.

101 ADGB, Protokoll der Verhandlungen des 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1922, S. 113.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halbamtliche Sanktion dadurch, daß Otto Wels, der Vorsitzende der SPD, die Namen der sozialdemokratischen Reichsminister unter das Dokument setzte[102]. Namen preußischer Minister erschienen nicht auf dem Schriftstück, und die preußische Regierung spielte keine unmittelbare Rolle bei Vorbereitung und Durchführung des Streiks[103], dennoch waren es preußische Staatsarbeiter und ein preußischer Minister, die Kapp zuerst mit den Auswirkungen des Generalstreiks konfrontierten. Am Sonntagvormittag beschloß die Gewerkschaftsführung der preußischen Eisenbahnarbeiter, die der DDP nahestand, Kapp ein bis 15.00 Uhr befristetes Rücktrittsultimatum zu stellen. Sollte bis zu dieser Stunde kein Rücktritt erfolgt sein, würden die Eisenbahner sich dem Generalstreik anschließen[104]. Der Eisenbahnminister Oeser (DDP), der die Entscheidung der Eisenbahner aus volkswirtschaftlichen Gründen bedauerte[105], übermittelte Kapp und Lüttwitz zusammen mit dem Finanzminister Südekum das Ultimatum der Eisenbahner[106]. Die Putschisten lehnten einen Rücktritt ab.

Bei den wirtschaftlichen Auswirkungen des Generalstreiks gab es erhebliche regionale Unterschiede. In den überwiegenden Teilen des Reiches handelte es sich eigentlich eher um einen mehrtägigen Demonstrationsstreik als um eine allgemeine Arbeitsniederlegung. In einigen Abschnitten des Ruhrgebietes wurde die Arbeit schon am Dienstag wieder aufgenommen[107], so daß die Arbeitsruhe hier praktisch auf 24 Stunden befristet war. In anderen Gegenden des Reviers vollzog sich der Generalstreik wiederum unter sehr radikalen politischen Vorzeichen[108]. In Berlin kam es zu einem echten Generalstreik, der wesentlich tiefere Einschnitte in das Wirtschaftsleben brachte als die Novembertage von 1918[109]. Bis zum 17. März lag die Lebensmittelzufuhr nach Berlin völlig darnieder[110]. Diese Sonderstellung Ber-

---

102 O. Braun, a. a. O., S. 31 f.; Brauns Bericht beruht auf einer ungezeichneten Notiz v. 24. 3. 1920, „Otto Wels teilt folgendes mit", in: O. Braun NL/129 (IISG). Vgl. auch Arno Scholz, Null vier – ein Jahrgang zwischen den Fronten, Berlin-Grunewald 1962, S. 59. Wels gab einen ausführlichen Bericht über die Entstehungsgeschichte des Streiks in: Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 30. u. 31. März 1920, Berlin 1920, S. 2 f.

103 Nur der pr. Min. f. Volkswohlfahrt, Adam Stegerwald (Z), hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des DGB regelmäßig Fühlung mit Legien und der Streikführung; siehe Hedwig Wachenheim, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie, bearb. v. Susanne Miller, Berlin 1973, S. 123.

104 Vgl. die Zeugenaussage Dominicus', in: Brammer, Jagow, S. 46–47; ferner Jansen, a. a. O., S. 26.

105 Siehe DrSVPrLV, Bd. 7, S. 3278.

106 Jansen, a. a. O., S. 26; Brammer, Jagow, S. 47; Koch-Weser, Tgb., 14. 3. 20 (BA).

107 Severing, a. a. O., S. 159 f.

108 Vgl. den gemeinsamen Aufruf der Bezirksorganisationen der SPD, USPD u. KPD in Rheinland-Westfalen: „Der einheitliche Kampf ist zu führen mit dem Ziele: ... Erringung der politischen Macht, durch die Diktatur des Proletariats ... auf der Grundlage des Rätesystems." Abgedruckt in: Hans Spethmann, Die Rote Armee an Ruhr und Rhein, Berlin 1930, S. 29.

109 ADGB, Protokoll, S. 113, u. Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben, Berlin 1922, S. 434.

110 Wermuth, a. a. O., S. 434. Hierdurch erklärt sich auch der Druck der hohen Beamten im

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lins schuf wiederum das wirtschaftliche und politische Klima, in dem die ineinander verschachtelten Verhandlungen der Berliner Partei- und Gewerkschaftsführer stattfinden mußten, und deren Bedeutung aus der Stuttgarter Perspektive mehrmals unterschätzt oder verkannt wurde.

Für die inzwischen aus Dresden in Stuttgart angelangte Reichsregierung war der Kapp-Putsch eine zwar lästige, aber nicht mehr gefährliche Revolte des preußischen Ostens gegen den demokratischen und fortschrittlichen Westen[111]. Die Informationen aus Berlin flossen spärlich und unzuverlässig. General Maercker hatte eine zweideutige Rolle in Dresden gespielt; Heine, der am 15. März in Stuttgart eintraf, galt als „ausgesprochen weich"[112], und Koch-Wesers Telephongespräche mit seinem Kollegen Schiffer deckten nur völlig entgegengesetzte Standpunkte auf[113]. Während also das Reichskabinett überzeugt war, daß eine Politik der Stärke zum Erfolg führen mußte und es nicht auf einen Tag mehr oder weniger ankam, sahen sich die Berliner Unterhändler, auch die preußischen Minister und Politiker, in einem Wettlauf mit der Zeit und mit der ständigen Gefahr des Bürgerkriegs konfrontiert. In den Berliner Verhandlungen dominierten zwei Hauptfragen: Wer würde zuerst losschlagen, die erbitterte Arbeiterschaft oder die frustrierten Kapp-Soldaten? Welche politische Koalition war am besten geeignet, die explosionsreife Situation zu entschärfen? Hieraus ergeben sich sowohl die Vielfalt wie auch die scheinbare Widersprüchlichkeit der erörterten Kombinationen. Gleichzeitig und nacheinander befaßten sich Berliner Verhandlungspartner mit allen politischen Kombinationen von einer All-Parteien-Regierung bis zur „rein sozialistischen" Koalition[114].

IV

Vor dem spannungsgeladenen Berliner Hintergrund fanden eine Anzahl wichtiger Verhandlungen statt, unter denen die Reichsregierung allerdings nur von den halboffiziellen Kontakten zwischen Kapp-Lüttwitz und dem Vizekanzler Schiffer Kenntnis nahm[115]. Andere Unterredungen, die vor allem preußische Politiker betrafen und bei denen äußerst wichtige Vorentscheidungen für die spätere preußische Entwicklung getroffen wurden, blieben im Halbdunkel. Bei den Berliner Un-

---

Eisenbahnministerium, den Eisenbahnerstreik abzubrechen. Vgl. Koch-Weser, „Aufzeichnungen – ‚Kapp-Putsch' vom 12. 3. – 16. 3. 1920" (künftig: „Kapp-Putsch"), in: NL Koch-Weser/26 (BA).

111 Vgl. die Aussage Gen. Maerckers, in: Brammer, Jagow, S. 51, u. Erger, a. a. O., S. 246 f.

112 Koch-Weser, Tgb., 15. u. 16. 3. 1920 (BA).

113 Ebenda, 16. 3.? [!] u. 17. 3. 1920.

114 Erger, a. a. O., S. 101, 231 u. 248. Vgl. auch „Der Kapp-Putsch", 16. 3. 1920, in: Walther Rathenau, Tagebuch 1907–1922, hrsg. v. Harmut Pogge – v. Strandmann, Düsseldorf 1967, S. 232–34.

115 In Koch-Wesers Tgb. finden sich nur Kommentare zu Schiffers Verhandlungen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

terredungen lassen sich drei chronologische Abschnitte unterscheiden, obwohl sich die Folgen gegenseitig überschneiden: Vom Einmarsch der Kapp-Truppen bis zum 15. März (Montag) galt es in erster Linie, Gewalttätigkeiten durch unsicher gewordene Kapp-Elemente oder provozierte Arbeiter, die den Bürgerkrieg ausgelöst hätten, zu verhindern. In den nächsten drei Tagen handelte es sich hauptsächlich um die Modalitäten von Kapps und Lüttwitz' Rücktritt, und ab 18. März, nachdem die Gewerkschaften sich offiziell in die Verhandlungen zur Neubildung der Reichs- und Preußischen Regierung eingeschaltet hatten, um das Verhältnis zwischen außerparlamentarischen Interessengruppen, Parteien und Regierungen. In allen drei Stadien gab es zahlreiche institutionelle und personelle Varianten der Verhandlungen. Einmal kam es zu den schon angeführten quasi-offiziellen Kontakten zwischen dem Vizekanzler und den aufständischen Führern; Schiffer wurde in seinen Bemühungen von einer Anzahl preußischer Minister unterstützt[116]. Darüber hinaus tagten der Reichsrat[117] und, wenn auch nicht unter diesem Namen, der Ältestenrat der LV in Permanenz. Endlich entstanden wichtige Kontakte einzelner Parlamentarier, Beamten[118], Gewerkschaftsfunktionäre und Industriellen[119] der verschiedensten politischen Überzeugungen.

Schiffer, und mit ihm der rechte Flügel des preußischen Kabinetts einschließlich seiner SPD-Mitglieder[120], verfolgte klare und einfache Ziele. Sein Hauptanliegen war der schleunige Rücktritt Kapps und Lüttwitz'; er war bereit, den Aufständischen gewisse praktische Zugeständnisse (Amnestie) zu machen. Die Rückkehr zu geordneten Zuständen und der Abbruch des Generalstreiks hatten bei ihm einen höheren Stellenwert als die optischen Siegesmerkmale einer bedingungslosen Kapitulation der meuternden Soldaten[121]. Schiffers schwierige Position kostete ihn seine politische Karriere. Insbesondere nachdem Kapps Verschwinden nur noch eine Zeitfrage war, weigerte sich der linke Flügel der SPD weiter mit den Putschisten zu verhandeln[122]. Aber auch in seiner eigenen Partei, der DDP, hatte sich Schiffer mit seiner taktisch weichen Linie politisch unmöglich gemacht[123]; Koch-Weser bezichtigte ihn sogar der politischen Feigheit[124]. Spätere Untersuchungen

---

116 Vgl. Erger, a. a. O., S. 250–51 u. 259–61. Siehe auch Koch-Weser, „Kapp-Putsch".

117 So gaben z. B. die Reichs- und Preußischen Staatssekretäre ihre Erklärung, keine Anordnungen Kapps zu befolgen, vor dem Reichsrat ab. Siehe Telephonat d. Württ. Gesandten, in: Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 15. 3. 1920.

118 StS. Ramm (Pr. M. f. L. D. u. F.) bemühte sich, Ludendorff dazu zu bewegen, Lüttwitz zum Rücktritt aufzufordern; siehe Brammer, Fünf Tage, S. 62.

119 Vgl. Gerald D. Feldman, Big Business and the Kapp-Putsch, in: Central European History 4 (1971), S. 112.

120 Vgl. die Aufzeichnung Hergts (o. D.), Photokopie in: 7533 (DNVP) I (Forst. Hbg.). Siehe auch Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 17. 3. 1920.

121 Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 15. 3. 1920.

122 Erger, a. a. O., S. 269, 274–75. Vgl. auch Vorwärts, Nr. 214, 27. 4. 1920.

123 A. v. Holtzendorff an Cuno, 31. 3. 1920, in: Hapag Archiv (künftig: Hap. AH) / Ber 1 (Hamburg).

124 Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 17. 3. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen zu einem wesentlich günstigeren Urteil[125], doch greift die Fragestellung nach Schiffers Erfolgen oder Mißerfolgen am wahren Sachverhalt vorbei. Der Vizekanzler war nur die sichtbare Verhandlungsspitze; seine Kontakte bildeten nur einen Teil der komplexen Verhandlungen, die in ihrer Gesamtheit die politische Zukunft Deutschlands und Preußens bestimmten.

Neben den beiden Regierungen waren die Parlamente die ersten Gremien, die in ihrer Arbeitsfreiheit durch Kapp beeinträchtigt wurden. Einen Tag vor ihrer nächsten anberaumten Sitzung am 16. März[126] löste der neue, selbsternannte „Ministerpräsident" die LV auf. Gegen diese Maßnahme protestierten alle Parteien einschließlich der DNVP. Allerdings weigerten sich die Rechtsparteien an weiteren Sitzungen des Seniorenkonvents teilzunehmen[127], falls die Parteiführer darauf bestanden, ihre Gespräche unter dieser Bezeichnung weiterzuführen. Sie waren jedoch bereit, sich an informellen Beratungen der LV-Spitzenpolitiker aller Parteien zu beteiligen[128], so daß die LV als einzige unmittelbare Volksvertretung zumindest *in embryo* ungestört in Berlin weitertagte.

In den ersten Stellungnahmen der Parteien zu dem Putsch zeigten sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen den preußischen und Reichsparteiorganisationen. So bewegte sich der Führer der Zentrums-Reichstagsfraktion, Trimborn, auf der Vermittlungslinie des Vizekanzlers[129], während das preußische Zentrum den Kapp-Putsch scharf verurteilte und ein Wiederaufstehen der katholikenfeindlichen, preußischen Reaktion und die Gefahr eines neuen Kulturkampfes in dem Unternehmen sah[130]. Auch die preußische DDP stellte sich zuerst links von Schiffer. Ihr Sonnabendmittags-Aufruf, obwohl von dem führenden Kopf des rechten Flügels, dem Charlottenburger Bürgermeister Alexander Dominicus verfaßt[131], gab eine Streikparole noch einige Stunden vor den Gewerkschaften und der SPD heraus[132]. Besonders interessant, im Hinblick auf die spätere Entwicklung in Preußen, waren die Verlautbarungen der beiden Rechtsparteien. Beide nahmen eine ambivalente Stellung zum Nachkriegs-Preußen ein. Beide wehrten sich gegen die Zertrümmerung Preußens als Verkörperung des monarchischen Deutschland, wobei sie wider Willen auch die Politik der preußischen Revolutionsregierung unterstützten. Darüber hinaus schien die DVP jedoch der preußischen Politik im Vergleich zum Reich keine besondere Beachtung zu schenken[133]. Die Beziehungen der DVP zur DNVP

---

125 Jansen, a. a. O., S. 40, u. Schustereit, a. a. O., S. 96.

126 Vgl. SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 495 Anm. u. 10 497.

127 Erger, a. a. O., S. 238–40.

128 Vgl. d. obendrein noch recht humoristischen Bericht des USPD-Abg. Adolph Hoffmann, in: SBVPrLV, 31. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 660–61 u. 10 664–65.

129 Jansen, a. a. O., S. 36 u. 41.

130 Vgl. die außerordentlich scharfen Ausführungen d. ZMdLV Wildermann, in: SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 512–524.

131 SBVPrLV, 31. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 638 (Dominicus).

132 Jansen, a. a. O., S. 20 u. 23.

133 In seiner Rede auf dem 2. Parteitag der DVP gab Stresemann keine Hinweise auf die

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren ebenfalls ungeklärt, wobei sich allerdings wiederum eine gewisse „Linkstendenz" innerhalb der preußischen Parteiorganisation abzeichnete. Im Gegensatz zur DNVP befürwortete die preußische DVP-Fraktion gewisse kulturpolitische Reformvorhaben der Revolutionsregierung, so z. B. die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht[134]. Die preußische DVP lehnte auch eine Verschmelzung der Partei mit den Konservativen ab[135]. Ein grundsätzlicher Unterschied in ihrer Einstellung zu den Putschisten vor dem 13. März läßt sich allerdings nicht feststellen. DVP-Parteiführer trafen mehrmals mit Lüttwitz zusammen, obwohl sie nicht in die militärischen Vorbereitungen eingeweiht waren[136]. Nach dem Einmarsch der Kapp-Truppen versammelten sich mehrere führende DVP-Politiker in der Wohnung des MdLV-Ehepaars Hugo und Lotte Garnich. (Stresemann war nicht zugegen.) Vertreter des rechten Flügels (u. a. MdLV Eugen Leidig) forderten eine ausdrückliche Anerkennung Kapps[137]; demgegenüber verurteilte Heinze den Putsch. Die Gruppe einigte sich auf einen Aufruf, der, wie Leidig es formulierte, „eine Neutralitätserklärung mit einem gewissen Wohlwollen für die Männer der neuen Regierung" darstellte[138].

Die DNVP war sowohl in die Putsch-Vorbereitungen wie auch in seine Durchführung am tiefsten verstrickt. Ihre beiden Führer, Graf Westarp und Oskar Hergt, der ehemalige preußische Finanzminister und jetzige Vorsitzende der LV-Fraktion, hatten vor dem 13. März enge Beziehungen zu den Putschisten unterhalten[139]. Einige Provinzorganisationen der Partei sowie ihr nahestehende Interessenverbände stellten sich ausdrücklich und kooperativ auf die Seite der Aufständischen[140]. Während der Putschtage bemühten sich Westarp und Hergt laufend dar-

---

Ziele der DVP in Preußen. Der Berichterstatter der LV-Fraktion auf dem Parteitag, Moldenhauer, erweckte ebenfalls „den Eindruck, daß Preußen nur eine Variante der Auseinandersetzungen im Reich" sei. Siehe Bericht über den Zweiten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. u. 20. Oktober 1919, Berlin 1920, S. 50–52.

134 Ebenda, S. 51.

135 Vgl. Hartenstein, a. a. O., S. 141.

136 Zur Vorgeschichte aus Stresemanns Sicht: „Der Aufstand Kapps", Rede vom 28. 3. 1920, in: Reden und Schriften 1897–1926, hrsg. v. Rochus Freiherrn von Rheinbaben, Dresden 1926, Bd. 1, S. 317 ff. – Vgl. auch d. Zeugenaussage Hergts, in: Brammer, Jagow, S. 20, und Jansen, a. a. O., S. 5.

137 Hartenstein, a. a. O., S. 152–59. Vgl. auch v. Krause (DVP), in: SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 569–82.

138 Hartenstein, a. a. O., S. 152–59. In seiner Rechtfertigung der DVP-Haltung in den Putschtagen zog Stresemann eine historische Parallele zwischen der Ebert-Scheidemann-Regierung im November 1918 und dem Kapp-Unternehmen. Beide seien auf verfassungswidrigem Weg an die Macht gekommen, und in beiden Fällen habe die DVP im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit den neuen Machthabern zusammengearbeitet; Stresemann, a. a. O., S. 522–23.

139 Erger, a. a. O., S. 96.

140 Dies gilt insbesondere für die ostelbischen Synoden der evangelischen Kirche, sowie für den Bund der Landwirte. Vgl. die Erklärung d. Pommerschen Landbundes v. 15. 3. 1920, in: Brammer, Fünf Tage, S. 42–43.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um, zwischen Kapp-Lüttwitz und den Parteiführern zu vermitteln[141]. Trotzdem darf man den DNVP-Führern glauben, wenn sie beteuern, der Putsch hätte ihr politisches Konzept, dessen Kernstück die Forderung nach Neuwahlen des Reichstags und des Reichspräsidenten bildete[142], zunichte gemacht[143]. Das konservative Szenarium sah eine politische Eroberung des Reiches und Preußens vor. Hierbei machte die Partei allerdings gewisse taktische Unterschiede zwischen den beiden politischen Ebenen. Wohl in noch höherem Maße als die DVP war die DNVP an einem starken Preußen interessiert, so daß ihre politische Zielsetzung in gewisser Hinsicht einen preußischen Schwerpunkt hatte. Das Stichwort hieß: Bürgerblock. Schon im September 1919 erörterte Hergt in einer großangelegten Rede das deutschnationale „Ordnungsprogramm", das der DDP-Fraktionsvorsitzende Robert Friedberg zu Recht als eine Bereitschaftserklärung der Konservativen, in eine bürgerliche Koalition einzutreten, wertete[144]. Der Versuch mißlang; die Weimarer Koalition hielt. Danach versetzte der Kapp-Putsch der DNVP-Strategie einen weiteren Stoß, indem er die konservative Achse zwischen der DNVP und besonders den bayerischen Monarchisten durch akute Erinnerungen an die Hegemonialbestrebungen Vorkriegspreußens belastete[145].

Die erste Reaktion der DNVP-Führung auf den Einmarsch der meuternden Truppen ging nicht so weit wie die des MdLV Karl Georg Negenborn (DNVP), der Kapp-Soldaten im Landtagsgebäude zurief, „wir werden es schaffen"[146], überschüttete jedoch die alte Regierung mit Kritik, während die Kapp-„Regierung" als Tatsache hingenommen wurde. Die DNVP-Stellungnahme vermied eine ausdrückliche Anerkennung Kapps und sprach nur die Erwartung aus, daß die neue „Regierung" alsbald Neuwahlen ausschreiben würde. Bis dahin war die Partei offensichtlich bereit, Kapp weiter amtieren zu lassen[147].

Während der Kapp-Tage bemühte sich insbesondere Hergt, sein politisches Ziel, den Bürgerblock, zu fördern. Dieses Konzept, das Hergt als den „Berliner Weg"

---

141 Vgl. SBVPrLV, 30. 3. 1920, B. 8, Sp. 10 535–36 (Hergt), u. Westarp, „Der 18. März 1920", in: For Hbg. / 7533 (DNVP) I.

142 Erger, a. a. O., S. 219, u. Hergts Zeugenaussage, in: Brammer, Jagow, S. 19 u. 23.

143 DNVP-Abgeordnete in der LV wiesen mehrmals eine Putsch-Taktik entrüstet zurück; vgl. SBVPrLV, 15. 12. 1919, Bd. 7, Sp. 8119 (Hergt), und 15. 11. 1919, Bd. 5, Sp. 6534 (Graef [Anklam]). Hergt und Heinze unterrichteten offenbar auch Berger über ihre Kontakte am 9. 3. 1920, obwohl dies wohl nicht als Hemmungsmaßnahme gelten darf. Vgl. SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 585.

144 SBVPrLV, 17. 12. 1919, Bd. 3, Sp. 8283.

145 Vgl. Andreas Gildemeister [Unterredung mit dem Kronprinzen von Bayern], 1. 9. 1920, S. 1; Hergt, „Niederschrift zwischen dem Kronprinzen ... Helfferich und ... Hergt am 1. September 1920; Kurt Borsdorff [Unterredung mit Graf Bothmer], 10. 9. 1920; alle in: Forst. Hbg. / 7533 (DNVP) I.

146 Negenborn bestritt, den Ausspruch getan zu haben: SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 546 u. 10 596.

147 Hergt (?), „1. Entwurf 13. 3." [handschriftlich], in: Forst. Hbg. / 7533 (DNVP) I.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Gegensatz zu dem „Stuttgarter Weg", d. h. der Weimarer Koalition, bezeichnete, lief auf eine Koalition der Rechtsparteien mit den bürgerlichen Mittelparteien, und zwar unter Einschluß Kapps und seinen „Fachministern" hinaus[148]. Hergt dachte hierbei offenbar an parallele Regierungen im Reich und Preußen, da der DNVP-Führer, wie Kapp, eine Personalunion der Reichskanzler- und Ministerpräsidentsposten forderte[149]. Nachdem Kapps und Lüttwitz' Positionen am 16. März unhaltbar geworden waren, wechselte Hergt seine Taktik. Unter Hinweis auf die drohende Gefahr von links ließ er Kapp fallen und bemühte sich nur noch darum, eine Einigung der bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien zustande zu bringen[150]. Erst nachdem die Mehrheitsparteien in Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingetreten waren, sah die DNVP ihr Bürgerblock-Projekt als gescheitert an[151].

Das linke Gegenstück zu der Bürgerblockkonzeption war die „sozialistische Regierung". Während die DNVP bestrebt war, den Aufständischen bürgerlich-parlamentarische Anerkennung zu verschaffen, versuchten USPD und KPD, den Kapp-Putsch als Spitze gegen die SPD-Führung und ihre Politik der parlamentarischen Zusammenarbeit mit bürgerlichen Mittelparteien zu kehren. Das Stichwort lautete hier: Einheitsfront der Arbeiterparteien[152]. Die USPD-Beurteilung der preußischen Politik ist nicht von ihrem Verhältnis zu dem Innenminister Heine und seinem politischen Vertrauten, dem Berliner Polizeipräsidenten Ernst, zu trennen. Eine Art rein persönliche Feindschaft charakterisierte die Beziehungen der ehemaligen Genossen. Heine war nicht nur überzeugt, daß USPD und KPD gemeinsam einen Linksputsch vorbereiteten[153], sondern beschuldigte die Unabhängigen obendrein noch des Landesverrats, da ihre Zeitungen im Westen mit französischem Geld arbeiteten[154]. Allerdings zeichneten sich Heines Anschuldigungen mehr durch verbale Zügellosigkeit als durch Beweismaterial aus. Für die USPD war Heine erklärlicherweise der Noske Preußens[155]. Zu Beginn des Kapp-Putsches befand sich die USPD in einer äußerst schwierigen Ausgangsposition. Die innerparteilichen Richtungskämpfe hatten die Partei weitgehend ausgehöhlt: die Mehrheit der aktiven Mitglieder hatte sich schon zum Anschluß an die Moskauer 3. Internationale entschlossen, während die Parteispitze um Crispien und Hilferding verzweifelt

---

148 Siehe die Ausführungen Friedbergs, in: SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 9, Sp. 10 586–87; Westarp (?) [Notiz], o. D., und Hergt [Notiz] o. D., in: Forst. Hbg. / 7533 (DNVP) I.

149 Hergt [Aufzeichnung], o. D., ebenda.

150 Ebenda.

151 Vgl. Westarp, „Der 18. März 1920", ebenda; siehe auch Hergts Ausführungen, in: SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 535–36.

152 Siehe z. B. Freiheit, Nr. 89 u. 100, 25. 3. u. 31. 3. 1920.

153 Die Debatte über die Vorfälle vor dem Reichstag am 13. 1. 1920 führte zum erstenmal in der Geschichte der LV zu einer Sitzungsunterbrechung wegen fortwährender Verhandlungsunfähigkeit des Hauses; SBVPrLV, 29. u. 30. 1. 1920, Bd. 7, Sp. 8856–8873 u. 8965–8974.

154 Ebenda, Sp. 8965–8968 u. 9085–9091, sowie 2. 2. 1920, Sp. 9109.

155 Freiheit, Nr. 90, 26. 3. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine gemäßigtere Linie verfolgte[156]. Hierdurch erklärt sich auch ein gewisser Widerspruch in den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen der USPD. Die Partei unterstützte ohne Zögern die Gewerkschaftsaufrufe zum Generalstreik bzw. dessen Abbruch; der ehemalige preußische Justizminister Kurt Rosenberg verhandelte erfolgreich in Transportfragen[157]. Politisch war die USPD jedoch, wie noch zu zeigen sein wird[158], in ihrer Entscheidungskraft mehr oder weniger gelähmt.

Für die KPD war der Kapp-Putsch in mehrfacher Hinsicht eine Sternstunde. Ihr Anhang unter den Berliner Arbeitern war besonders zahlreich[159], so daß der Partei eine Schlüsselstellung unter den linken Kräften zukam. Sie hat ihre Rolle weitgehend verspielt. Die Parteiführung weigerte sich zuerst, den Aufruf zum Generalstreik zu unterstützen, schwenkte aber einige Stunden später auf die gewerkschaftliche Einheitslinie ein. Zugleich begannen sich ultra-linke, illegale Kampfgruppen in Berlin zu organisieren[160]. Diese Unentschlossenheit[160a] zwischen politischer Einheitsfront und bewaffneten Gegenputschvorbereitungen charakterisierte das Verhalten der KPD auch in der Folgezeit und trug erheblich zu dem geringen politischen Einfluß der Partei bei, besonders bei den Berliner Verhandlungen.

Ohne Frage kam den parlamentarischen Führern der SPD die größte Bedeutung bei den Berliner Verhandlungen zu. Die Mehrzahl der Führer der Reichstagsfraktion befand sich in Stuttgart, der politische Ruf der SPD-Minister war schwer angeschlagen; insbesondere hatten sie das Vertrauen der linksorientierten Arbeiter eingebüßt. Die LV-Fraktion dagegen war nicht durch den Ausbruch des Kapp-Putsches belastet, so daß ihre Führer Verhandlungen nach links und rechts führen konnten. Hier ragte besonders der spätere langjährige SPD-Fraktionsführer im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, heraus; sein Aufstieg zur grauen Eminenz[161] der preußischen Politik datiert aus den Kapp-Tagen. Heilmann, Linksradi-

---

156 Wachenheim, a. a. O., S. 128. Siehe auch Clara Zetkin, The Situation in Germany, in: Kommunistische Internationale 2 (1920), Nr. 13, S. 78.

157 Freiheit, Nr. 432 u. 433, 13. 10. 1920.

158 Siehe S. 27.

159 Illustrierte Geschichte, S. 473. Die Linkstendenz der Berliner Arbeiter zeigte sich z. B. in der Zusammensetzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Während bei den LV-Wahlen am 26. 1. 1919 die USPD 14 Sitze und die SPD 145 Sitze erhielt, ergaben die Berliner Wahlen am 23. 2. 1919 ein Zahlenverhältnis von 47 (USPD) zu 46 (SPD). Im Juni 1920 erhöhte sich die Zahl der USPD-Stadtverordneten auf 86 (SPD: 39), von denen sich Ende Oktober 21 als KPD-Fraktion konstituierten. Siehe Christian Engel, Gustav Böss, Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930, Stuttgart 1971, S. 85.

160 Erwin Könnemann u. H. J. Krusch, Der Kapp-Putsch und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus b. ZK der SED, Berlin [Ost] 1972, S. 188.

160a Vgl. die scharfe Kritik Karl Radeks an der Haltung der KPD-Zentrale, in: KI, Protokoll des III. Kongresses, Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921, [Moskau] 1921 (Neudruck: Mailand 1967), S. 457.

161 Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 281.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kaler in der Vorkriegs-SPD, war inzwischen ein glühender Patriot, scharfer Gegner des Bolschewismus und Verehrer Noskes geworden[162]. Vor allen Dingen aber hatte sich Heilmann in der LV zu einem begeisterten Parlamentarier entwickelt[163], d. h. er war überzeugt, daß eine Anerkennung des Parlaments als Arena politischer Auseinandersetzungen durch alle Parteien ungeachtet ihrer konkreten politischen Zielsetzungen und ihrer Gegensätze in der Tagespolitik, eine stabile Basis für die politische Entwicklung in Deutschland und Preußen schaffen werde. Dieser parlamentarische Glaube, so möchte man fast sagen, bildete den Hintergrund für einige der bemerkenswertesten Episoden aus den Putsch-Tagen, nämlich Heilmanns persönliche Unterredungen mit führenden Vertretern der Rechtsparteien. Der sozialdemokratische Politiker hatte schon vor den März-Ereignissen kein Hehl daraus gemacht, daß er die KPD nicht als parlamentarische Partei betrachte. Bei der DNVP dagegen, so glaubte er „bis zum 13. März"[164], lag die Sache etwas anders. Er deutete das Hergt'sche „Ordnungsprogramm" in erster Linie als ein Angebot, „die monarchistische Restaurationsidee aufzugeben", d. h. das parlamentarische System anzuerkennen. Das politische Ziel der DNVP, die Bürgerblock-Regierung, lehnte er naturgemäß ab, doch meinte er, die DNVP sei auf dem richtigen Weg, ein Verhältnis zu dem neuen, demokratischen Preußen zu entwickeln, das analog dem Verhältnis der SPD zu der Regierung Bethmann–Hollweg in den ersten Kriegsjahren sei[165]. Heilmann meinte, die DNVP habe schon aus Selbsterhaltungstrieb kein Interesse an der Zerschlagung des Parlamentarismus; denn „[eines] [k]önnen Sie [DNVP] sicher sein: auf Kornilov folgt Lenin"[166].

In der Hoffnung, eine Basis zur gemeinsamen Arbeit für den Parlamentarismus und gegen den antiparlamentarischen Kappismus und Bolschewismus finden zu können, begab sich Heilmann am 13. März, nach vorheriger Verständigung mit der SPD-Parteiorganisation und dem Vorstand der LV-Fraktion[167], in die Wohnung Hergts. Über den genauen Zeitpunkt waren sich die Teilnehmer später nicht einig; Hergt behauptete, die Unterredung habe am Vormittag stattgefunden[168], Heilmann gab 16.00 bis 16.40 Uhr als Zeit an[169]. Hier dürfte Heilmanns Erinnerung zutreffender sein, da der inzwischen beschlossene Generalstreik offensichtlich die politische Kulisse für die Befürchtungen des SPD-Parlamentariers bildete. Über

---

162 „. . . tausendmal lieber Noskau als Moskau", rief er der LV zu; s. SBVPrLV, 16. 12. 1919, Bd. 7, Sp. 8239. Eine kurze, aber treffende Beschreibung seiner Persönlichkeit bringt Wachenheim, a. a. O., S. 110–11. Zur Kritik an Heilmanns politischer Haltung siehe Freiheit, Nr. 90, 26. 3. 1920.

163 Wachenheim, a. a. O., S. 111.

164 SBVPrLV, 7. 7. 1920, Bd. 9, Sp. 11 708.

165 Ebenda, 26. 9. 1919, Bd. 4, Sp. 4412 u. 4419–20.

166 Ebenda, 16. 12. 1919, Bd. 7, Sp. 8245.

167 Vorwärts, Nr. 263, 25. 5. 1920.

168 Hamburger Fremdenblatt, 29. 5. 1920.

169 Vorwärts, Nr. 277, 1. 6. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Inhalt des Gesprächs, das in „äußerst liebenswürdig[er] Form" verlief[170], schwiegen sich beide Männer bis Ende Mai aus; erst als die DNVP im Reichstagswahlkampf ihre innerlich positive Einstellung zum Kapp-Aufstand abzustreiten versuchte, veröffentlichte Heilmann ein detailliertes Gedächtnisprotokoll[171], das er unmittelbar nach dem Gespräch für Trimborn[172] (und indirekt wohl auch für Schiffer) aufgesetzt hatte. Hergts Version der Unterredung[173] wich etwas von der Heilmanns ab, aber die Grundzüge des Gesprächs und insbesondere Heilmanns Versuch, den Putsch sozusagen auf parlamentarischem Weg abzubrechen, sind in beiden Berichten unverkennbar. Heilmann begann die Unterredung mit der Skizzierung des Schreckgespenstes eines Bürgerkrieges oder zumindest der Radikalisierung der Arbeitermassen, die die gemäßigte SPD zerreißen und Männer wie Adolph Hoffmann[174] als Arbeiterführer hochschwemmen würde. Der SPD-Politiker forderte Hergt dann auf, Kapp und Lüttwitz noch vor Montag, also bevor der Generalstreik praktisch wirksam werden konnte, zum Rücktritt zu bewegen. Hierdurch hätte die DNVP sich klar von den Militärs und ihren außerparlamentarischen Umsturzversuchen abgegrenzt und wenigstens indirekt ein Bekenntnis zum Parlamentarismus abgelegt. Heilmann glaubte offensichtlich auf Grund früherer Verlautbarungen Hergts, daß dieser solchen Anregungen zumindest zugänglich sein würde. Der konservative Führer erwiderte jedoch, erstens, daß er nur wenig Einfluß auf Kapp und Lüttwitz habe, die beide *va banque* spielten, und zweitens, daß er nicht an einen wirksamen Generalstreik zur Unterstützung der alten Regierung glaube. Anstatt des sofortigen Rücktritts der Kappisten schlug Hergt vor, daß die neue „Regierung" bis zu den versprochenen Neuwahlen im Amt bleiben solle, allerdings in Form einer Allparteienregierung, d. h. nach Zusammenbruch der Streikaktion müsse auch die SPD in die provisorische Regierung Kapp–Lüttwitz eintreten. Heilmann wies diese Vorschläge als „ganz unwirkliche Vorstellungen" zurück und drückte seine Enttäuschung darüber aus, daß Hergt sich nicht gegen den Putsch aussprach. Hergt rechtfertigte seine Stellung zuletzt damit, daß seine Partei unter den gegebenen Umständen keine andere Wahl habe, als sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und mit den Kappisten zusammenzuarbeiten. Er versprach allerdings, Heilmanns Anregungen weiterzugeben. Der SPD-Politiker verließ den Führer der Konservativen in äußerst pessimistischer Stimmung; ein Bürgerkrieg schien ihm unabwendbar[175].

Hergts Gegendarstellung erschien vier Tage nach der „Vorwärts"-Veröffentli-

---

170 SBVPrLV, 7. 7 1920, Bd. 9, Sp. 11 709–10 (Heilmann).

171 Vorwärts, Nr. 263, 25. 5. 1920.

172 Vorwärts, Nr. 277, 1. 6. 1920.

173 Hamburger Fremdenblatt, 29. 5. 1920.

174 Hoffmann, *enfant terrible* der Vorkriegs-SPD, war kurzfristig pr. Kultusminister in der ersten Revolutionszeit.

175 Vorwärts, Nr. 263, 25. 5. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chung[176]. Sie war erheblich allgemeiner gehalten und enthielt keine Angaben direkter Rede und Gegenrede. Im wesentlichen schwächte Hergt nur einige Passagen der Heilmann-Version ab; in ihrem grundsätzlichen Tenor stimmen beide Darstellungen überein. Der konservative Führer legte Wert auf die Feststellung, daß er von dem Putsch ebenso überrascht gewesen sei wie Heilmann. Seine Bemerkung über die notwendige Zusammenarbeit der DNVP mit Kapp und Lüttwitz erschien in der Hergt-Version nur als Behauptung, daß die Partei sich z. Zt. (13. 3.) in keiner Richtung festlegen könne. Interessant sind allerdings die Abweichungen in den zwei Fassungen über das Projekt einer Allparteienregierung. Hier behauptete Hergt, den Vorschlag gemacht zu haben, daß alle Parteien von der DNVP bis einschließlich der SPD (also ohne USPD und KPD) eine Koalition bilden sollten. Kapp und Lüttwitz würden dann zugunsten einer solchen Kombination zurücktreten. Hergt zufolge hatte Heilmann dies aber abgelehnt und aus „reiner Parteiangst und Parteiegoismus" auf der Durchführung des Generalstreiks bestanden. Bei näherer Betrachtung der beiden Fassungen, sowie der relevanten Begleitumstände, erscheint Heilmanns Version als glaubwürdiger. Das Projekt einer Allparteienregierung ohne bzw. gegen Kapp–Lüttwitz hätte nicht nur einen Sieg des Parlaments über die Aufständischen bedeutet, sondern auch analoge Züge zum Burgfrieden und zu den Anfängen der *de facto* parlamentarischen Regierung des Interfraktionellen Ausschusses im Gegensatz zur OHL während des Weltkrieges aufgewiesen. Heilmanns Enttäuschung und Pessimismus rührten eben daher, daß Hergt und die DNVP sich nach wie vor auf die Seite der Militärs stellten.

Die Kontakte der SPD erstreckten sich auch auf die zweite Rechtspartei, die DVP. Allerdings sind die Informationen in diesem Fall wesentlich spärlicher, wenngleich die Folgen, langfristig gesehen, positiver waren. Für die weitere Entwicklung der DVP bildete der Kapp-Putsch eine Zäsur; im Gegensatz zur DNVP bekannte sich Stresemanns Partei, wie auch Heilmann bekräftigte[177], zum parlamentarischen System. Die entscheidenden Kontakte zwischen SPD und DVP kamen erst am Mittwoch (17. 3.) zustande, zu einem Zeitpunkt also, als Kapps Rücktritt schon eine beschlossene Sache war. Die Initiative lag diesmal bei der Volkspartei. Leidig telephonierte mit Heilmann, um ihm, auch im Namen Stresemanns, die Beteiligung der DVP an Regierungen im Reich und in Preußen anzubieten[178]. Zu diesem Zeitpunkt überging die SPD das Angebot mit „lächelnder Genugtuung"[179], aber Heilmann lehnte eine Zusammenarbeit mit der DVP nicht grundsätzlich ab[180], so daß man hier wohl das Samenkorn der späteren Großen Koalition in Preußen sehen darf.

Während Heilmann sich bemühte, die Rechtsparteien in das parlamentarische

---

176 Hamburger Fremdenblatt, 29. 5. 1920.
177 SBVPrLV, 29. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 297.
178 Vgl. Heilmanns Berichte, ebenda, Bd. 9, Sp. 11 297 u. Vorwärts, Nr. 284, 5. 6. 1920.
179 Vorwärts, Nr. 284, 5. 6. 1920.
180 Freiheit, Nr. 204, 2. 6. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespann einzuzäumen, waren andere SPD-Politiker in Preußen bestrebt, durch Fühlungnahme mit der USPD die KPD zu isolieren und somit einmal die Gefahr eines Linksputsches zu bannen, zugleich aber auch zu verhindern, daß eine USPD-KPD-Kooperation[181] die SPD in die Isolation drängen würde. Berührungspunkte zwischen USPD und SPD ergaben sich einmal in Personalfragen[182] und dann in dem Konzept einer rein-sozialistischen bzw. Arbeiterregierung. Die fast gleichlautenden Termini bargen in Wirklichkeit grundsätzlich verschiedene politische Auffassungen in sich. Eine sozialistische Regierung war eigentlich das Gegenstück zum Bürgerblock, d. h. nicht-sozialistische Parteien wären von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen worden, während die KPD jedenfalls theoretisch an der Koalition mitarbeiten konnte. Eine Arbeiterregierung dagegen brauchte keine Verleugnung der formalen Demokratie zu bedeuten[183], da sowohl DDP wie Zentrum direkte Beziehungen zu Arbeiterorganisationen hatten. Die Zustimmung der USPD zur Arbeiterregierung konnte also praktisch den Beitritt der Unabhängigen zur Weimarer Koalition bedeuten[184]. Aus diesem Grund reichte die Auseinandersetzung um die Haltung der USPD auch über die eigentlichen Kapp-Tage hinaus bis in die Phase der Regierungsneubildung.

Beide Parteien befanden sich in einer prekären Lage. Der Kapp-Putsch hatte in der SPD ohne Frage einen Radikalisierungsprozeß ausgelöst, der auch Führer des rechten Flügels ergriff[185]. Zudem war die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien ohne Hinzunahme bürgerlicher Gruppen besonders unter den Aktiven in der Provinz populär[186]. Für die USPD hingegen bestand die Gefahr, daß eine Entscheidung den Auflösungsprozeß beschleunigen würde. Hierdurch erklären sich die widerspruchsvollen Verlautbarungen ihrer Parteiführer. In ihrem Aufruf vom 25.

---

181 So hörte der langjährige, aber fortschrittliche StS. im PrMdI, Friedrich Freund, von einer bevorstehenden Linksregierung Cohn–Däumig. In der Annahme, daß Rudolf Breitscheid in einem solchen Kabinett wieder den Posten des MdI bekleiden würde, rief er Breitscheid an, um ihm zu einer maßvollen Politik zu raten; siehe SBVPrLV, 2. 12. 1920, Bd. 11, Sp. 14 399 u. 14 432; Freiheit, Nr. 1, 1. 1. 1921.

182 Noske bezeichnete sich als Opfer der SPD-USPD-Zusammenarbeit; siehe Noske, a. a. O., S. 152 ff.

183 Besonders für die Mitglieder der Pr. LV-Fraktion ist das Demokratie-Bekenntnis der Schlüssel zum Verständnis der SPD-Politik. Das MdLV Hausschildt differenzierte z. B. zwischen dem Sozialismus, der Mittel zum Zweck erhöhter Wohlfahrt sei, und „der Demokratie, [die] wir wollen ... um der Demokratie willen"; SBVPrLV, 26. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 010.

184 Vorwärts, Nr. 276, 1. 6. 1920.

185 Vgl. die scharfen Ausführungen des Pazifisten und vormaligen UStS. im pr. Kriegsministerium, Paul Göhre, in: Erger, a. a. O., S. 341, Dok. Nr. 45.

186 Vgl. die Berichte über die Zusammenarbeit der beiden Parteien in Pommern und Oberschlesien, in: Freiheit, Nr. 145, 26. 4. 1920. Eine politische Quadratur des Kreises, also gemeinsames Handeln von DDP, SPD, Z, USPD u. KPD, fand zumeist nur in Gebieten mit akuten Grenzproblemen, so in Kiel und Breslau, statt. Siehe Reichszentrale f. d. E. W., „Nachrichten zur Lage", 20. 3. 1920, in: NL Heine/344 (IISG), und den undatierten Aufruf des Vollzugsausschusses Kiel, in: LASH/301/5713.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

März erklärte die Parteiführung, daß nur die „sozialistische Arbeiterschaft aller Parteirichtungen" die Revolution retten könne, forderte dann aber die Übernahme durch die „organisierte Arbeiterschaft"[187], was nicht dasselbe bedeuten mußte. Zwei Tage später wurde in der „Freiheit" dementiert, daß man nur einer sozialistischen Regierung beitreten könne; die Partei hätte noch keine endgültige Entscheidung getroffen[188]. Wiederum drei Wochen später unterstrich Arthur Crispien allerdings die Forderung nach einer sozialistischen Regierung, die „die Epoche der Diktatur des Proletariats" einleiten würde[189].

Damit war die USPD gewissermaßen wieder bei ihrer Ausgangsposition in den ersten Putschtagen angelangt, ohne jemals zu einer eindeutigen Entscheidung gekommen zu sein. Die SPD-USPD-Verhandlungen fanden auf zwei Ebenen statt: Einmal in Form von quasi-formellen Unterredungen zwischen den SPD-MdLV Heinrich Limbertz und Eduard Gräf und ihren USPD-Kollegen Rosenfeld und Stöcker, und dann durch fast zufällige Kontakte, die unter Beteiligung einiger in diesen Tagen in Berlin anwesender Vertreter der Amsterdamer Internationale zustande kamen. Die quasi-offiziellen Gespräche begannen am Montag, ergaben aber rasch die Unvereinbarkeit der Standpunkte. Während die SPD eine Erweiterung der demokratisch-parlamentarischen Basis durch Hinzuziehung der USPD in die Regierungskoalition vorschlug, konterten die Unabhängigen mit der Forderung nach einer sozialistischen Regierung im Reich und in Preußen, die die Parlamente auflösen und vier bis fünf Monate ohne Volksvertretungen regieren sollte[190] – Diktatur des Proletariats durch die Hintertür. Die Verhandlungen unter Vermittlung der Internationale waren wesentlich formloser, aber nicht weniger ergebnislos. Eine Delegation der Internationale – u. a. Huysmans, de Brouchère, Mistral und Engberg – traf ausgerechnet am Sonntag in Berlin ein. Da der Generalstreik sowieso ihre Bewegungsfreiheit einschränkte, versuchten die Besucher anscheinend, Vertreter der beiden deutschen Parteien zu überreden, das Konzept einer Arbeiterregierung (nicht einer sozialistischen Regierung) gemeinsam zu verwirklichen. Nach anfänglich fast herzlichen Kontakten lehnte die USPD es aber am Freitag (19. 3.) ab, in offizielle Verhandlungen mit der Mehrheitssozialdemokratie zu treten[191].

Obwohl die vorder- und hintergründigen Kontakte der Parteivertreter keine konkreten Ergebnisse vorweisen konnten, erscheinen sie im Zusammenhang mit den wesentlich dramatischeren Verhandlungen der Minister und Gewerkschafts-

---

187 Vgl. d. Erklärung d. Zks. d. USPD, in: Freiheit, Nr. 88, 25. 3. 1920.

188 Freiheit, Nr. 92, 27. 3. 1920.

189 Siehe Arthur Crispien, Zur politischen Situation, in: Freiheit, Nr. 130, 18. 4. 1920.

190 Vgl. die in den wesentlichen Punkten übereinstimmenden Berichte Limbertz' und Rosenfelds, in: SBVPrLV, 30. u. 31. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 564 u. 10 637–38. Vgl. auch Koch-Weser, Kapp-Putsch", 15. 3. 1920.

191 Vgl. den Bericht von Friedrich Stampfer, „Bei den Internationalen", in: Vorwärts, Nr. 179, 8. 4. 1920. Eine Darstellung dieser Episode aus USPD-Sicht ist dem Verf. nicht bekannt.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertreter doch von erheblicher Bedeutung. Sie trugen zumindest dazu bei, daß es zu keiner endgültigen Spaltung innerhalb der Weimarer Koalition kam, sie halfen das *de facto* Bündnis zwischen DNVP und DVP zu lockern und die DNVP zu isolieren, und sie erschwerten ein Abschwenken der USPD in das radikale, linksputschistische Lager. Als Ganzes betrachtet, stärkten die Verhandlungen der Parteivertreter den Parlamentarismus und die formale Demokratie gegen den ab 18. März verstärkt einsetzenden Druck außerparlamentarischer Interessengruppen.

V

Am Donnerstag verlagerte sich der politische Schwerpunkt in Berlin auf die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien und der Gewerkschaften. Hierbei traten auf preußischer Seite die Minister und die Führer der Berliner SPD-Bezirksorganisation in den Vordergrund. Die Gewerkschaftsseite wurde durch die noch immer umstrittene Persönlichkeit des Vorsitzenden der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften, Carl Legien, geprägt. Hat Legien im März 1920 Deutschland gerettet[192] oder sich als Diktator aufgespielt[193]? Ebenso umstritten bleibt Legiens Zielsetzung während der März-Ereignisse. Spielte er nur den Radikalen, um eine Abwanderung der Arbeitermassen nach links zu verhindern[194]? Verfolgte er weitergehende Ziele? Eine handschriftliche Aufzeichnung Otto Brauns aus diesen Tagen[195] kommt zu dem Schluß, daß Legien den Gewerkschaften eine Art Kontrollfunktion, analog der Position des Zentralrats gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten und der preußischen Regierung während der Revolutionswochen, sichern wollte. Das Konzept einer gewerkschaftlichen Neben- oder Überregierung lag jedenfalls in der Luft[196]. Ein späteres „Vorwärts"-Dementi vermochte die „unnötigen Befürchtungen" nicht auszuräumen[197]. Endlich konnte der Gedanke einer Art gewerkschaftlicher Reserve-Regierung, in Erwartung eines neuen Rechtsputsches, jedenfalls bis zur endgültigen Neubildung der Regierungen nicht ganz von der Hand gewiesen werden[198].

---

192 „Zum Gedächtnis Carl Legiens", in: Soz. Mhfte, 56 (17. 1. 1921), S. 4.

193 Jansen, a. a. O., S. 46. Diese Frage findet sich auch in einem Kommentar Karl Giebels zu den Vereinbarungen vom März. Siehe NL/Giebel / Kassette II / Mappe, Archiv der Sozialdemokratie (künftig: Archiv SD), Bonn – Bad Godesberg.

194 Jansen, a. a. O., S. 45–46; Feldman, a. a. O., S. 119. Siehe auch Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918–1933, New Haven 1964, S. 183.

195 Handschriftl Aufz. o. D., in: Braun NL/131 (IISG).

196 Vgl. Wilhelm Blos („Der Kapp-Putsch", in: Friedrich Ebert und seine Zeit, Charlottenburg [1926], S. 299) über Parallel-Bestrebungen der Gewerkschaften in Württemberg.

197 Vorwärts, Nr. 180, 8. 4. 1920.

198 Biegert, Gewerkschaftspolitik, in: H. Mommsen u. a. (Hrsg.), a. a. O., S. 202–03; Eliasberg, a. a. O., S. 338; Keßler, a. a. O., 27. 3. 1920, S. 215.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Gewerkschaften und insbesondere Legien selbst verhandelten auf drei Ebenen zugleich: innerhalb der drei Gewerkschaftsrichtungen, mit den Unternehmern im Rahmen der ZAG und mit den Vertretern der Parteien. Die Gewerkschaften standen schon am Sonntag in Verbindung mit den Parteien; diese Unterredungen fanden zumeist unter dem Vorsitz des preußischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch statt[199]. In einer Parallelaktion bemühten sich Legien und andere (unter ihnen auch der spätere preußische Innenminister Carl Severing), die Unternehmer im Rahmen der ZAG zu einer Stellungnahme gegen Kapp zu bewegen. Diese Unterredungen verliefen zuerst ergebnislos, am Dienstag jedoch begannen die Unternehmer sich zusehends von Kapp zu distanzieren[200]. Am Mittwoch, nachdem Kapps Abgang feststand, sah Legien kurzfristig eine Chance für eine radikale Verschiebung der deutschen Machtverhältnisse. Er lud „ganz überraschend" Vertreter der USPD zu einer Sitzung der ZAG ein und machte ihnen den Vorschlag, einer Arbeiterregierung beizutreten, was ja sowohl eine Gewerkschaftsregierung wie eine erweiterte Weimarer Koalition bedeuten konnte, aber in jedem Fall eine klare Absage an die rein-sozialistische Regierung darstellte. Die USPD lehnte den Vorschlag ab. Ihre Forderungen und die der linksstehenden Berliner Gewerkschaftsführer standen dem Ziel einer sozialistischen Regierung und dem Ideal der Diktatur des Proletariats erheblich näher[201]. Nunmehr hatte Legien keine andere Wahl (vorausgesetzt, daß der Vorschlag der Arbeiterregierung nicht nur ein Kopfnikken nach links war), als sich an Schiffer und die Parteien der Weimarer Koalition zu wenden, um die Gewerkschaftsforderungen durchzusetzen[202].

Die Zwangslage, in der sich Legien nach der Weigerung der Unabhängigen, in eine Arbeiterregierung einzutreten, fand, hatte zur Folge, daß der rechte Flügel des preußischen Kabinetts, in erster Linie Finanzminister Südekum, erneut in den Mittelpunkt der Verhandlungen rückte. Südekum, nie ein Freund des Arbeiterregierungskonzepts, sah eine Kompromißlösung zwischen Gewerkschaften und den Parteien als einzig mögliche Lösung der politischen Krise[203]. In den nun folgenden, „sehr dramatischen"[204] Unterredungen im Amtssitz des preußischen

---

199 Vorwärts, Nr. 156, 25. 3. 1920.

200 Feldman, a. a. O., S. 107, 109–110 u. 110 Anm. 20.

201 So z. B.: „Nur sozialdemokratische Arbeiter als Regierende ... Arbeiter müssen in die Truppenteile mit hinein ... Entwaffnung und Beseitigung der Meuterer ... Abänderung der Verfassung ... Arbeiterwehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit ..." Siehe Protokolle Albert Südekums aus den Tagen nach dem Kapp-Putsch, hrsg. v. Erwin Könnemann, in: Beitr. z. Gesch. d. dt. Arbbew. 8 (1966), S. 269–70. Vgl. auch Erger, a. a. O., Dok. 58, S. 350–52.

202 Wilhelm Koenen, Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch, in: Beitr. z. Gesch. d. dt. Arbbew. 4 (1962), S. 347–49.

203 Niederschrift über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft am 17. März 1920 (Dokumente zur Haltung der Monopolisten im Kapp-Putsch, hrsg. v. Erwin Könnemann), ebenda 9 (1967), S. 1011.

204 Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg ^{3}1953, S. 174.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staatsministeriums wurden die Parteivertreter wiederum von Hirsch angeführt. Sie befanden sich in einer wesentlich gestärkten Position, da der Gedanke einer radikalen Verfassungsänderung nunmehr fallengelassen war. Besonders die preußischen Minister Heine, Südekum, Stegerwald und Hirsch verschanzten sich zuerst hinter formalen Einwänden: Regierungen könnten Forderungen nur von parlamentarischen Fraktionen, nicht jedoch von außerparlamentarischen Gruppen entgegennehmen[205]. Nachdem der fortdauernde Generalstreik und die Uneinigkeit der Parteien, die gewissermaßen ein Wettrennen veranstalteten, um sich der Verantwortung für die Neubildung der Regierung zu entziehen[206], diesen Standpunkt unrealistisch werden ließ, einigten sich die Kontrahenten in den frühen Morgenstunden des 20. März auf die bekannten Acht Punkte[207].

Die politische Bedeutung der Machtprobe zwischen Gewerkschaften und Parteien war unter Zeitgenossen und ist unter Wissenschaftlern umstritten[208]. Jedoch steht fest, daß das Problem letztlich eine parteiinterne Angelegenheit war, d. h. daß es sich um den Einfluß der Gewerkschaftsverbände innerhalb der Parteien der Weimarer Koalition handelte[209]. Naturgemäß war die SPD hier am schwersten betroffen. Auch war das Problem nicht neu in ihrer Parteigeschichte. Zumindest seit 1905 belastete die Kontroverse, ob die Partei sich in erster Linie als ideologisch ausgerichtete Klassenvertretung oder als schichtenspezifischer Interessenverband betrachten sollte, die politische Haltung der Partei[210]. Im Frühjahr 1920 entzogen sich Sozialdemokraten unter dem ausschlaggebenden Einfluß Philip Scheidemanns[211] dem Dilemma dadurch, daß sie eine Regierungsbeteiligung im Reich und einigen Ländern[212] ablehnten. Es begann die fast vierjährige Oppositionsphase der stärksten Partei im Reichstag.

Preußen bildete eine bemerkenswerte und bewußte Ausnahme. Die politische Zukunft des größten deutschen Landes stand nicht im Mittelpunkt der Verhand-

---

205 Vgl. Erger, a. a. O., S. 350, Dok. Nr. 58, u. „Südekum-Protokolle", a. a. O., S. 267–68.

206 Vgl. Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 22. 3. 1920.

207 Die endgültigen Vereinbarungen sind abgedruckt in: Dokumente u. Materialien zur Gesch. d. dt. Arbbew. 7 (1965), S. 223–24.

208 Vgl. Keßler, a. a. O., 27. 3. 1920, S. 215; Rolf Thüringer, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik, Diss. Tübingen 1954, S. 112; Schustereit, a. a. O., S. 81; Heinrich Ströbel, Die deutsche Revolution, Berlin 1920, S. 226–27; Noske, a. a. O., S. 116.

209 Innerhalb des Zentrums brachte der Kapp-Putsch eine Machtverschiebung zugunsten der Christlichen Gewerkschaften gegenüber den Katholischen Arbeitervereinen; siehe Oswald Wachtling, Joseph Joos, Mainz 1974, S. 51.

210 Buddeberg, a. a. O., S. 123–25. Für die Vorgeschichte immer noch grundlegend: Carl E. Schorske, German Social Democracy 1905–1917, Cambridge, Mass., 1959.

211 Vgl. den Wortlaut seiner Rede in der Reichstagsfraktionssitzung v. 19. 3., in: NL Grzesinski/526 (IISG). Siehe auch Kastning, a. a. O., S. 58.

212 Auch in Württemberg lehnte die SPD eine Regierungsbeteiligung ab, obwohl die Weimarer Koalition eine Mehrheit im Landtag besaß; siehe Keil, a. a. O., Bd. 2, S. 209.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungen[213]; dennoch stellten die Unterredungen der Parteien mit den Gewerkschaftsvertretern – in Verbindung mit den Verhandlungen der Parlamentarier – allgemein- und personalpolitische Weichen in Preußen für die nächsten dreizehn Jahre. Von den Acht Punkten berührten nur zwei unmittelbar die preußische Politik: einmal die Forderung nach Entfernung der „übel"[214] aussehenden Minister Heine und Oeser und dann die Frage der Demokratisierung der Verwaltung und des Polizeiwesens. Indirekt jedoch standen die Acht Punkte im Mittelpunkt einer personalpolitischen Auseinandersetzung in Preußen zwischen dem linken und dem rechten Flügel innerhalb der preußischen SPD. Die Trennungslinie verlief nicht zwischen Regierungsbeteiligung und Nichtbeteiligung; beide Seiten befürworteten eine Mitarbeit der SPD in Preußen und im Reich[215]. Die Frage lautete vielmehr, ob der Schwerpunkt beim Parlament oder bei den Gewerkschaften liegen sollte.

Den linken Flügel repräsentierte der Berliner Bezirksvorsitzende Franz Krüger. Schon am 16./17. März hatte der Bezirksvorstand eine Umbildung der Reichs- und Preußischen Regierung unter Einbeziehung der USPD und Vorherrschaft der in den Koalitionsparteien vertretenen Gewerkschaftsverbände gefordert[216]. Auch nachdem die USPD-Absage diese Pläne gegenstandslos gemacht hatte, arbeitete Krüger in der gleichen Richtung weiter. Er stand in unmittelbarem Kontakt mit Ebert und verlangte zumindest einen „entscheidenden Einfluß" der Arbeitnehmerorganisationen der verbleibenden Koalitionsparteien (ADGB, Christliche Gewerkschaften und Hirsch-Duncker-Gewerkschaften) in der neuen Regierung. Allerdings ging er nicht so weit, ihnen ein laufendes Kontroll- oder Bestätigungsrecht einzuräumen[217]. Es hatte zeitweilig den Anschein, als ob Krügers Ansichten der neuen preußischen Regierung ihren Stempel aufdrücken würden; er scheiterte dann aber an der Opposition des rechten Flügels[218].

Bei der Kabinettsneubildung vollzog sich die Entfernung der umstrittenen Persönlichkeiten des alten Ministeriums ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Hirsch hatte schon bei Ausbruch des Putsches „den festen Entschluß gefaßt", zurückzutreten[219]. Seine Partei versuchte, den verdienten Kommunalpolitiker als Berliner

---

[213] Die Neubildung der preußischen Regierung wurde bis zur Umgestaltung der Reichsregierung zurückgestellt; siehe Vorwärts, Nr. 156, 25. 3. 1920. Der RMdI, Koch-Weser, sah sich schon in Personalunion als PrMdI, um die Reichsreform voranzutreiben. Siehe Koch-Weser, „Kapp-Putsch" 22. 3. 1920, u. Schulz, a. a. O., S. 278.

[214] Vgl. die Bemerkung Kuglers (Vertreter d. Dt. Beamtenbundes), in: „Südekum-Protokolle", S. 266.

[215] Sowohl die LV-Fraktion wie auch die preußischen Mitglieder des Parteiausschusses sprachen sich in ihrer Mehrzahl für eine Regierungsbeteligung im Reich und in Preußen aus. Siehe Vorwärts, Nr. 159, 26. 3. 1920, u. Kastning, a. a. O., S. 58.

[216] Vorwärts, Nr. 152/154 [!], 24. 3. 1920.

[217] Ebenda; ferner „Südekum-Protokolle", S. 265–66 u. 276.

[218] Siehe S. 35.

[219] Hirsch, a. a. O., S. 224.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberbürgermeister einzusetzen, konnte sich aber nicht gegen den Widerstand der USPD, die Hirsch „wegen seiner reaktionären Allüren" ablehnte, durchsetzen[220]. Heines Rücktrittsgesuch war ebenfalls den Gewerkschaftsforderungen zuvorgekommen[221]. Eugen Ernst folgte seinem politischen Freund; die Berliner SPD-Organisation bestand auf seinem Rücktritt[222]. Albert Südekum war nicht nur ein Opfer seiner Rechtslastigkeit, sondern auch, als einziger unter seinen Parteikollegen, der persönlichen Feindschaft Otto Brauns. Der preußische Landwirtschaftsminister betrachtete Südekums überaus großzügigen Abfindungsvertrag mit dem Haus Hohenzollern als politische und moralische Unmöglichkeit[223]. Der Fall Oeser erledigte sich sozusagen von selbst dadurch, daß das Eisenbahnministerium infolge der Verreichlichungsmaßnahmen zum 1. November 1920 aufgelöst wurde[224]. Das preußische Kabinett war somit erheblich dezimiert. Nur fünf der zehn Minister blieben im Amt; von den fünf SPD-Ministern überlebten nur zwei, Braun und Haenisch, politisch den Kapp-Putsch.

Die Neubildung der preußischen Regierung durchlief zwei Phasen: eine Berliner bzw. Gewerkschaftsphase und einen preußischen bzw. Parlamentsabschnitt. In der ersten Phase schienen die maßgeblichen Führer der Berliner SPD-Organisation – Krüger, Lüdemann, Gräf – das zukünftige Schicksal Preußens zu bestimmen[225]. Sie standen in engster Verbindung mit den Gewerkschaften[226], die ausdrücklich Ministerposten für Gräf und Krüger gefordert hatten[227]. In der Tat fühlten sich die Gewerkschaften durch die spätere Hintansetzung Gräfs und Krügers brüskiert[228]. In dieser ersten Phase hatten die Berliner Parteiführer auch die LV-Fraktion fest hinter sich. Eine Ministerliste vom 25. März zeigte Krüger als Ministerpräsident; „[n]ach erneuter Beratung" entschloß sich die LV-Fraktion jedoch „definitiv", Gräf als Ministerpräsident und Krüger als Innenminister zu präsentieren[229].

Die Berliner Konzeption scheiterte an einer Reihe von Umständen. Sie beruhte in erster Linie auf der politischen Zusammenarbeit in Berlin und in Preußen zwischen den Berliner Parteiorganisationen der SPD und USPD[230]. In der Berliner

---

220 Zuruf A. Hoffmanns, in: SBVPrLV, 3. 12. 1920, Bd. 11, Sp. 14 505.

221 Heines Rücktrittsschreiben v. 18. 3. in: NL O. Braun/151/1 (IISG). Heine begründete seinen Rücktritt ausführlich in seinem Tel. an den Präs. der PrLV, Robert Leinert, v. 20. 3. 1920, in: NL Heine/339 (IISG).

222 Heine schrieb Ernst, daß die „Stimmung der Parteigenossen gegen Sie [Ernst] wäre" und Ernst ein Opfer der SPD-USPD-Annäherung geworden sei; Heine an Ernst, 27. 3. 1920, NL Heine/337 (IISG).

223 Südekum an Severing, 7. 6. 1920, u. Südekum an Leinert, 18. 6. 1920, in: NL Severing/Kassette Bl. 105 u. 107 (Archiv SD).

224 Vorwärts, Nr. 152/154, 24. 3. 1920.

225 Vgl. Heine an Ernst, 27. 3. 1920, a. a. O., u. Vorwärts, Nr. 159, 26. 3. 1920.

226 Vgl. Krüger, Berliner Diktatur, in: Vorwärts, Nr. 158, 26. 3. 1920.

227 SBVPrLV, 31. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 627.

228 Vorwärts, Nr. 164, 29. 3. 1920.

229 Vorwärts, Nr. 158 u. 159, 26. 3. 1920.

230 Hier spielten auch das Groß-Berlingesetz und die Frage einer sozialistischen Magistrats-

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat der Hauptstadt funktionierte die Kooperation der beiden sozialistischen Parteien schlecht und recht, aber eine Ausweitung der Zusammenarbeit war praktisch unmöglich, da die USPD sowohl eine Regierungsbeteiligung wie auch Krüger persönlich ablehnte[231]. Gräf schien der USPD sympathischer zu sein[232], seine Ernennung zum Ministerpräsidenten hätte aber Krüger als Innenminister zur Folge gehabt[233], während Severing schon frühzeitig für diesen Posten vorgesehen war[234]. Severing besaß wiederum das Vertrauen Legiens und Hues, während er kaum enge Beziehungen zu den Berliner Gewerkschaftsführern hatte. (Der rechte Flügel der LV-Fraktion hatte übrigens auch große Bedenken gegen die „reinsozialistische" Zusammensetzung des Berliner Magistrats[235].) Hinzu kamen Meinungsverschiedenheiten mit Ebert, der offenbar ein mehr linksgerichtetes Preußenkabinett als Belastung für die Reichspolitik betrachtete. Diese Differenzen führten u. a. zu Krügers Rücktritt als Ministerialdirektor der Reichskanzlei[236].

Nachdem der „Vorwärts" am 27. März noch über „Schwierigkeiten" bei der Regierungsbildung in Preußen berichtet hatte[237], erschien dann „überraschend" und ohne ausdrückliche Zustimmung der Gewerkschaften[238] der Name Otto Brauns als Hirschs Nachfolger. Braun hatte sich im alten Kabinett als linker Sozialdemokrat profiliert[239], und sein Verbleiben im Landwirtschaftsministerium war unumstritten; er stand als Landwirtschaftsminister auf allen vorläufigen Ministerlisten[240]. Als möglicher Ministerpräsident war sein Name bisher allerdings nicht im Gespräch gewesen. Im Gegenteil, bei der Neubildung des Reichskabinetts war Braun als Noskes Nachfolger vorgesehen. Braun, der dafür plädierte, Noske im Amt zu belassen, lehnte ab[241]. Hiermit blieb Braun zwar der preußischen Politik erhalten, aber dies bietet noch keine Erklärung für seine überraschende Ernennung zum Ministerpräsidenten. Ein „Vorwärts"-Bericht, demzufolge Brauns Designierung mehr oder weniger eine Zufallsentscheidung war[242], überzeugt nicht. Braun hatte aber

---

mehrheit eine Rolle.

231 Freiheit, Nr. 158, 22. 4. 1920.

232 Freiheit, Nr. 94, 28. 3. 1920.

233 Vgl. Vorwärts, Nr. 159, 26. 3. 1920.

234 Vorwärts, Nr. 157, 25. 3. 1920.

235 Sozialdemokratisches Handbuch für die preußischen Landtagswahlen, Berlin 1921, S. 114.

236 Vorwärts, Nr. 158, 26. 3. 1920.

237 Vorwärts, Nr. 161, 27. 3. 1920.

238 Freiheit, Nr. 94, 28. 3. 1920.

239 Der „Vorwärts" (Nr. 166, 30. 3. 1920) schrieb unter der Überschrift „Ministerpräsident Braun gegen rechts": „Es ist bekannt, daß Otto Braun im vorigen preußischen Staatsministerium die *Linkstendenz* [im Or. gesperrt] in unserer Partei verkörperte . . ." Vgl. auch Erich Kuttner, Otto Braun, Berlin [1932], S. 69; ferner SBVPrLV, 31. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 629–30 (Rosenfeld [USPD]).

240 Vorwärts, Nr. 158 u. 159, 26. 3. 1920.

241 Braun, Weimar a. a. O., S. 51.

242 Vorwärts, Nr. 162, 28. 3. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Reihe von persönlichen und politischen Vorzügen. Als „Linker" befriedigte er die radikalere Stimmung innerhalb der SPD und der LV-Fraktion. Er war ein ausgesprochener Parlamentarier, der, soweit bekannt, keine Sympathie für gewerkschaftliche Neben- oder Überregierungen hegte, der sich aber seit der Revolution konstant für eine Koalitionsbereitschaft der SPD mit bürgerlichen Parteien erklärt hatte[243]. Darüber hinaus wies Braun mit besonderem Stolz auf den kollegialen Stil seiner Kabinettsführung hin[244], was ihm auch seine bürgerlichen Kollegen bescheinigten. Innerhalb der LV-Fraktion war Braun trotzdem nicht der Mann der ersten Wahl. Die „feste Stütze" des Ministerpräsidenten, wie sich die Fraktion stolz im Landtagswahlhandbuch 1921 bezeichnete[245], mußte Braun erst im Laufe seiner Amtszeit errichten. Die Vertrauenserklärung der Fraktion für das erste Ministerium Braun ist jedenfalls auffallend lauwarm gehalten[246]. Demgegenüber hatte Braun innerhalb der Fraktion wohl einen ungemein wichtigen Förderer: Ernst Heilmann. Daß in diesen Tagen die Grundlagen für das langjährige Bündnis Braun–Heilmann gelegt wurden, läßt sich nicht belegen. Fest steht aber, daß Braun aus Heilmanns Sicht alle Voraussetzungen für einen demokratisch-parlamentarischen Ministerpräsidenten erfüllte. Außerdem konstatierte sogar die Opposition den bemerkenswerten Unterschied zwischen Heilmanns persönlicher Vertrauenserklärung für Braun und den fraktionsoffiziellen Ausführungen seiner Partei; Heilmanns Worte strahlten erheblich mehr Wärme aus[247].

Das Kabinett Braun war, wie sein Vorgänger, eine Koalitionsregierung der SPD, der DDP und des Zentrums. Was seine bürgerlichen Kollegen anging, so fand der neue Ministerpräsident auffallend anerkennende Worte für Oeser, den er als einen „aufrechte[n] Demokrat[en] und angenehme[n] Mensch" bezeichnete. Weniger Lob spendete er Fischbeck (Handel) und am Zehnhoff (Justiz). Über seinen kurzfristigen Nachfolger im Amt urteilte er, daß Stegerwald „später oft mehr von sich [machte], als er geistig bestreiten konnte"[247a]. Während die bürgerlichen Minister zumeist bekannte Kollegen aus dem alten Kabinett waren, überlebte, neben Braun, nur ein sozialdemokratischer Minister den Kapp-Putsch. Konrad Haenisch blieb Kultusminister, allerdings stellte ihm die LV-Fraktion kein überzeugendes Vertrauensvotum aus. Sein ehemaliger Kollege und ständiger Gegenspieler Adolph Hoffmann, dessen Informationen über SPD-Interna im allgemeinen recht zuverlässig waren, behauptete entgegen schwachem Widerspruch, daß die LV-Fraktion

---

243 Vgl. SPD-Parteitag, Juni 1919, a. a. O., S. 135.

244 SBVPrLV, 21. 9. 1920, Bd. 9, Sp. 12 296–97.

245 Handbuch f. d. pr. Landtagswahlen, a. a. O., S. 135.

246 SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10563–64.

247 Vgl. SBVPrLV, 14. 1. 1921, Bd. 12, Sp. 15 915–16 (Leidig, DVP).

247a Braun, a. a. O., S. 34–35. Stegerwald selbst behauptete später („Aus meinem Leben", in: 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899–1924, Berlin 1924, S. 144–45), er sei nur auf Drängen der Z-Fraktion im Amt geblieben.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Haenisch mit nur 43:42 bestätigt habe[248]. Der Minister blieb im Amt, weil sich niemand in der SPD zu dem undankbaren Posten drängte; nicht ohne Grund war das preußische Kultusministerium von 1921 bis 1930 in bürgerlichen Händen.

Von den beiden Kabinettsneulingen konnte Severing als Vertreter der Generalkommission und Lüdemann als Repräsentant der Berliner Richtung gelten. Severing als Nachfolger Wolfgang Heines war ohne Frage der bedeutendste Neuzugang. Seine Ministerschaft stand fest, bevor Brauns Name als Ministerpräsident überhaupt im Gespräch war, obwohl Braun meint, Severing zur Annahme seines neuen Amtes auf der Eisenbahnfahrt von Berlin nach Bielefeld (22. 3.) überredet zu haben[249]. Severing war zu diesem Zeitpunkt aber weniger der Mann Brauns (obwohl sein Verhältnis zu Braun persönlich und politisch ausgezeichnet war) als die Vertrauensperson der Gewerkschaften. Severing verkörperte das Konzept der Arbeiterregierung in seiner demokratischen, parlamentarischen Form, d. h. der neue Innenminister hatte gute Beziehungen zu allen Gewerkschaftsrichtungen, zu den Christlichen und Hirsch–Duncker'schen nicht weniger als zum ADGB[250]. In diesem Sinne war Severing gewissermaßen die personelle Garantie für die Erfüllung der Acht Punkte[251]. Lüdemann als Nachfolger Südekums im Finanzministerium war die einzige Konzession an die Berliner Richtung. Indes gehörte der neue Minister, „ein lieber, anständiger Mensch", dessen Amtszeit weniger als ein Jahr dauern sollte, zwar der Führung der Berliner Bezirksorganisation an, unterschied sich aber sowohl durch seine Herkunft wie auch im Charakter von den mehr linksstehenden Funktionären der Berliner Richtung[252].

Otto Braun gab seine erste Regierungserklärung am 30. März ab. Sie enthielt scharfe Ausfälle gegen die DNVP, insbesondere die „agrar-konservativen Kreise Ostelbiens", eine klare Absage an „Rechtsbolschewisten" und „Linksbolschewisten" und ein aufrichtiges Bekenntnis zur Republik und zur parlamentarischen Demokratie. An die Spitze notwendiger, konkreter Reformmaßnahmen stellte Braun den Umbau der Sicherheitspolizei[253]. Die Mehrheitsparteien quittierten die Rede mit „anhaltende[m], stürmische[m] Beifall"[254]. Unter den Kommentaren der Koalitionsparteien waren besonders die Ausführungen des Zentrums, abgegeben von dem Parlamentarischen Staatssekretär im Kultusministerium, Rudolf Wildermann, von Interesse. Trotz der fast schon rituellen Erklärung, daß das Zentrum

---

248 SBVPrLV, 13. 1. 1921, Bd. 12, Sp. 15 719. Offensichtlich enthielten sich 60 MdLV der Stimme.

249 Braun, a. a. O., S. 53.

250 Severing verwahrte sich gegen den Vorwurf, bei seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet die nichtsozialistischen Gewerkschaften vernachlässigt zu haben; SBVPrLV, 29. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 285–86. Vgl. auch Severings Einstellung zu der politischen Rolle der Gewerkschaften, in: Carl Severing, Mein Lebensweg, Köln 1950, Bd. 1, S. 423.

251 Vorwärts, Nr. 157, 25. 3. 1920.

252 Wachenheim, a. a. O., S. 91.

253 SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 504–508.

254 Ebenda, Sp. 10 508.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„nicht aus Liebe zu den anderen Parteien" in die Koalition eingetreten sei, enthielt Wildermanns Rede ein klares Bekenntnis zur sozialdemokratisch-bürgerlichen Zusammenarbeit („Die Koalition ... hat sich bewährt, und sie muß bleiben") und eine ebenso eindeutige Absage an den Bürgerblock. Überhaupt zeichnete sich die Zentrums-Erklärung durch eine nicht zu überhörende Linkstendenz aus. Wildermann verband scharfe Worte gegen den Putsch mit einer Kritik an der DNVP im allgemeinen und ihrer kulturkämpferischen Vergangenheit im besonderen. Bemerkenswert war die ausdrückliche Zustimmung zum Generalstreik, wobei das Zentrum diese Aktion allerdings nur bis zum 18. März guthieß; den Generalstreik als Druckmittel bei den Verhandlungen um die Acht Punkte lehnte Wildermann ab. Die Vereinbarungen selbst erkannte das Zentrum jedoch an. Endlich legte Wildermann ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ab[255].

Die LV sprach der Regierung – ohne namentliche Abstimmung – ihr Vertrauen aus[256].

VI

Weder im Reich noch in Preußen waren die Folgen des Kapp-Putsches mit dem formellen Ende der Generalstreiks[257] oder der Neubildung der Regierungen ausgestanden. Im Osten ließ das Wühlen des Landbundes Braun einen neuen Rechtsputsch befürchten[258]; Separatisten und Autonomisten arbeiteten weiter – nicht immer ohne stichhaltige Gründe[259]. Vor allen Dingen aber hatten der Generalstreik und die Radikalisierung der Arbeiterschaft während der Kapp-Tage die Reichswehr in Bürgerkriegsstimmung versetzt. Während die Regierung friedliche Aufbauarbeit und Produktionssteigerung beschwor[260], bereitete die Reichswehrbrigade 9 (Schwerin), um nur ein Beispiel herauszugreifen, sich trotz der gegenwärtig ruhigen Lage auf die endgültige Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus vor[261].

Die Spannung entlud sich am blutigsten und gefahrvollsten im Ruhrgebiet. Bei Ausbruch des Putsches war das seit der Revolution wiederholt von politischen Unruhen erschütterte Revier zwar ruhiger, aber durchaus nicht beruhigt; Severings

---

255 Ebenda, Sp. 10 512–524.

256 Ebenda, Sp. 10 638–39.

257 Siehe Dok. u. Mat. z. Gesch. d. dt. Arbbew. 7 (1965), S. 225. Illustrierte Geschichte, a. a.O., S. 473. Um den Aufrufen Nachduck zu verleihen, wies das PrMdF seine nachgeordneten Behörden an, ab 22. 3. keine Streiktage mehr zu zahlen; siehe LASH/301/5713.

258 Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 3. 4. 1920.

259 S. Köster, a. a. O., S. 185. Formell wurden die Ausnahmegesetze gegen die dänische Minderheit in Schleswig erst am 19. 4. 1920 aufgehoben; ebenda, S. 188.

260 SBVPrLV, 30. 3. 1920, Bd. 8, Sp. 10 503 ff. (Braun).

261 Siehe Berichterstattung der Reichswehrbrigade 9 (Schwerin) an die OPrä, 20. u. 23. 3. 1920, in: LASH/301/5713.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darstellung, der Kapp-Putsch habe schon vernarbte Wunden wieder aufgerissen, enthielt eine gute Portion Zweckoptimismus[262]. Der „weitgehend spontane" Abwehrkampf gegen den Putsch vollzog sich in den ersten Tagen in durchaus gemäßigten Bahnen. Überall bildeten sich Arbeiterräte[263], deren Zusammensetzung zumeist alle drei Gewerkschaftsrichtungen umfaßte, während das politische Spektrum entweder von der SPD zur KPD oder von der DDP bis zur SPD reichte. Das Ziel der übergroßen Mehrzahl war zumindest bis zum Bielefelder Abkommen (23. 3.) die Festigung der Demokratie[264], wobei dieser Begriff nicht unbedingt die rechtmäßige Regierung oder den formalen Parlamentarismus mit einbeschloß. Auch darf nicht übersehen werden, daß Forderungen nach langfristigen Strukturreformen (Sozialisierung) im Ruhrgebiet besonders lebhaft erhoben wurden[265]. Die Situation änderte sich schlagartig, als die Reichswehr, ohnehin schon durch die unsichere Haltung ihres Kommandierenden Generals im Ruhrgebiet, Freiherrn v. Watter, kompromittiert[265a], in dem Glauben, ihre gleichberechtigte Stellung[266] gegenüber der Zivilregierung zurückgewonnen zu haben, ihre arbeiterfeindlichen Aktionen mit dem Mantel der Staatsautorität umhüllte. Nunmehr wandte sich die Stimmung der Gemäßigten und Radikalen nicht nur gegen die Truppe, sondern auch gegen die schwachen Zivilbehörden, die außerstande schienen, die reaktionären Ausschreitungen der Soldaten zu unterbinden[267].

Gewiß, der Ruhraufstand stellte nie eine tatsächliche Bedrohung des zentralen Machtapparates im Reich dar[268], dennoch hatte er besonders in Preußen bedeutende politische Konsequenzen. Einmal ließen die fortwährenden linksorientierten Streiks und Unruhen separatistische Bestrebungen unter den Bergbau-Unternehmern wieder aufleben[269]. Er belastete den mühsam zusammengekitteten Kompromiß zwischen Koalitionsparteien und den Gewerkschaften, eine Belastung, die die Regierungskoalition im Reich praktisch schon vor den Reichstagswahlen sprengte[270]. In Preußen hielt die Koalition diesem Druck zwar stand, aber auch hier di-

---

262 Carl Severing, Koalitionsfragen, in: Soz. Mhfte, 57 (15. 12. 1921), S. 1084.

263 Eliasberg, a. a. O., S. 312–13.

264 Ebenda, S. 371. Siehe auch Severings Aufruf zum Abbruch des Generalstreiks v. 21. 3. 1920, abgedruckt in: Spethmann, a. a. O., S. 101–02.

265 Ströbel, a. a. O., S. 220.

265a Vgl. Watters gewundene Erklärungen v. 14. 3. u. 16. 3., abgedruckt in: Spethmann, a. a. O., Tafel 2 (zw. S. 32 u. 33) u. S. 42.

266 Erger, a. a. O., S. 16, nennt dieses Gefühl der Gleichberechtigung die wichtigste Voraussetzung für den Kapp-Putsch.

267 Eliasberg, a. a. O., S. 144 ff., 294 u. 323; Severing, a. a. O., S. 156 ff. Vgl. auch Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe, hrsg. v. Hans Baron, Tübingen 1924, S. 132 (Brief v. 6. 4. 1920).

268 Eliasberg, a. a. O., S. 293.

269 Severing, a. a. O., S. 219, u. SBVPrLV, 11. 12. 1920, Bd. 11, Sp. 14939 (Hue).

270 „. . .was dieser Trunkenhold Legien in diesen Tagen am Vaterland gesündigt hat, geht auf keine Kuhhaut", schrieb Koch-Weser am 30. 3. 1920 in sein Tagebuch (Koch-Weser, „Kapp-Putsch"). Siehe auch Biegert, a. a. O., S. 193.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stanzierte sich das Zentrum von den Maßnahmen des Reichs- und Staatskommissars (Severing)[271], was wiederum dessen Bemühungen erschwerte, die drei Koalitionsparteien zur Zusammenarbeit in den örtlichen Arbeiterräten zu veranlassen[272].

Die Kapp-Tage und die Ruhrkampf-Nachwehen schufen zeitweilig ein völlig verändertes Verhältnis zwischen Reich und Preußen; es gab nahezu eine Verreichlichung der preußischen Innenpolitik, da der Reichsinnenminister Koch-Weser – mit seinem begeisterten Einverständnis – kurzfristig auch als preußischer Innenminister fungierte[273]. Die preußischen Zentralbehörden waren zumindest bis Ende März praktisch von den politischen Entscheidungen im Ruhrgebiet ausgeschlossen. Severing trug zwar den Titel eines Reichs- und Staatskommissars und arbeitete eng mit den Ober- und Regierungspräsidenten zusammen, erhielt aber, seinen eigenen Berichten zufolge, niemals nähere Anweisungen über seine Tätigkeit vom preußischen Innenminister[274]. Das bekannte Bielefelder Abkommen, das die Grundsätze der Berliner Acht Punkte für das Ruhrgebiet präzisierte[275] und den Hauptzweck hatte, die Gewerkschaften und Koalitionsparteien von den radikalen Elementen der Roten Armee zu trennen, war ein persönliches Bravourstück Severings. Nur Brauns Bericht über die Lebensmittellage trug noch erheblich zu dem Erfolg bei[276].

Die neue preußische Regierung, allen voran Severing als Innenminister, änderte schlagartig die Situation. Schon am 29. März gab das preußische Innenministerium einen Erlaß heraus, der die Tätigkeit der Arbeiterräte auf vermittelnde Funktionen beschränkte[277]. Kurz darauf begann der systematische Abbau der Kommissare; die vollziehende Gewalt ging wieder auf die Zivilbehörden über[278]. Beim Einmarsch der Reichswehrtruppen in die westliche Zone am 1. April war die preußische Regierung nicht ausgeschaltet: der Vormarsch geschah im Einvernehmen mit dem preußischen Staatsministerium[279], obwohl Reichs- und Preußische Regierung lebhafte Meinungsverschiedenheiten über die Art der Reichswehroperationen hatten[280].

---

271 SBVPrLV, 24. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 241–52. Vgl. auch den Vorwärts-Kommentar (Nr. 190, 14. 4. 1920) zu einer Rede Trimborns in der NV.

272 Severing, a. a. O., S. 163.

273 Severing, a. a. O., S. 186–192 u. 232; Eimers, a. a. O., S. 223.

274 Severing.

275 SBVPrLV, 2. 12. 1920, Bd. 11. Der Text in: Severing, a. a. O., S. 177–80. Vgl. auch Eliasberg, a. a. O., S. 343.

276 Severing, a. a. O., S. 173, 176 u. 181.

277 MdI an OPrä u. RPrä, 29. 3. 1920, in: LASH/301/216.

278 Severing, a. a. O., S. 236.

279 Weismann (Bergers Nachfolger als PrStkomf. d. Überwachung d. öffentl. Ordnung) an PrStMin, 2. 4. 1920, in BA/Rk 43I) 2305. Vgl. auch Eliasberg, a. a. O., S. 363–65.

280 Über Reibungen zwischen Braun und Koch-Weser siehe Koch-Weser, „Kapp-Putsch", 4. 4. 1920.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit der militärischen Beruhigung des westlichen Industriegebietes fanden die bewaffneten Nachwehen des Kapp-Putsches in Preußen ein Ende. Nunmehr kam es darauf an, langfristige und politische Konsequenzen zu ziehen, d. h. die seit der Revolution immer wieder versprochene Demokratisierung des Staatsapparates in die Tat umzusetzen. Der neue Innenminister sah seine Aufgabe auch klar vor Augen: „Eine Provinz nach der anderen wird bereinigt werden, so lange, bis wir einen Beamtenapparat bekommen, der bereit ist, mit der Staatsregierung Preußen zu einer Demokratie und die Preußen zu Demokraten zu machen."[281] Zugleich warnte Severing vor einer politischen Hexenjagd; nur spezifische Unterlagen rechtfertigten Disziplinarmaßnahmen[282].

Bei der nun folgenden Säuberung des Beamtenkörpers[283] blieb die Ministerialbürokratie weitgehend verschont, was in Anbetracht ihrer größtenteils loyalen Haltung in den Putsch-Tagen nicht weiter überrascht. Nur der linksstehende Finanzminister Lüdemann entließ prompt einen Staatssekretär und zwei Ministerialdirektoren seines Ministeriums, da sie ihm nicht die Gewähr boten, aufrichtig demokratisch und republikanisch zu fühlen[284]. Im Amt des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung verschwand Berger, im Innenministerium Heines Polizeireferent Doyé, die beide offen zu den Putschisten übergelaufen waren[285]. In den Provinzen zog die Säuberung dagegen erheblich weitere Kreise. Schon wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Putsches forderten die Berliner Zentralbehörden Listen der Putsch-Anhänger an; vereinzelt erließen die Gerichte Haftbefehle[286]. Anfang April systematisierte das Staatsministerium den Säuberungsprozeß. Das Kabinett wies die Oberpräsidenten an, Untersuchungs-Kommissare für ihre nachgeordneten Behörden einzusetzen[287]. Von besonderem Interesse ist hier die Koalitionseinmütigkeit, mit der die Säuberung vonstatten ging; das Staatsministerium als ganzes stand hinter den preußischen Demokratisierungsmaßnahmen. Außerdem gab es wenigstens in einigen Provinzen eine Neuauflage der Beigeordneten aus den Revolutionswochen, um die Arbeit der Landräte und Bürgermeister an Ort und Stelle zu kontrollieren[288].

Während die Regierung in ihrem Vorgehen gegen die „politischen" Beamten keine beamtenrechtlichen Hindernisse zu überwinden hatte, bedurfte es anderer

---

281 SBVPrLV, 29. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 229–30. (Severing).

282 Ebenda, Sp. 11 671.

283 Hierzu allgemein: Runge, a. a. O., S. 121–134.

284 Vgl. die Gr. Anfrage v. 18. 6. 1920 (DrSVPrLV, Nr. 2533, Bd. 8, S. 4182) und die Ausführungen des ebenfalls gemaßregelten ehemaligen OPrä v. Hannover, v. Richter (SBVPrLV, 7. 7. 1920, Bd. 9, Sp. 11 645–46).

285 Siehe S. 5.

286 Rudolf Klatt, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920, Heidelberg 1958, S. 196. Vgl. auch den Haftbefehl gegen den „Oberpräsidenten" v. Schleswig-Holstein, Lindemann, u. a. m., in: LASH/301/5713.

287 Eimers, a. a. O., S. 227.

288 Z. B. RPrä Schleswig an OPrä, 15. 4. 1920, in: LASH/301/216.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Methoden als der schlichten z.-D.-Stellung, um das Gros der Berufsbeamten zu erneuern. Um eben dies von vornherein zu verhindern, brachte die DNVP schon im Juni einen Gesetzentwurf in der LV ein, der für alle Entscheidungen in Disziplinarvergehen des Berufsbeamtentums einen Disziplinarhof vorsah, dessen Mitglieder in ihrer Mehrzahl aus Richtern am Kammergericht ausgewählt sein sollten[289]. Der Disziplinarhof sollte zweifellos ein unnachgiebiges und konservatives Hindernis gegen die Verabschiedungen reaktionärer Beamter werden. (Der konservative Antrag fand keine Mehrheit in der LV.) Die Regierung setzte ihre Hoffnungen weniger auf Disziplinaruntersuchungen, die erfahrungsgemäß jahrelang verschleppt werden konnten, als auf eine schlichte Verminderung der gesetzmäßigen Altersgrenze. Sie sollte für nicht-richterliche Beamte auf 65 und für Richter auf 68 festgesetzt werden. Versuche der Rechtsparteien, die Jahresziffern auf 68 bzw. 70 zu erhöhen, schlugen fehl. In namentlichen Abstimmungen am 24. November und wiederum am 15. Dezember 1920 stimmte die LV gegen die Abänderungsanträge. Zugleich wurde die Regierungsvorlage am 15. Dezember mit 157:70 angenommen[290]. Diese Abstimmungen sind in mancher Hinsicht bemerkenswert. Einmal fällt der hohe Prozentsatz der unentschuldigt fehlenden MdLV auf: weit mehr als hundert Abgeordnete fehlten bei allen namentlichen Abstimmungen. Eine große Anzahl Abgeordneter wollte sich offensichtlich nicht festlegen. Der Prozentsatz war besonders hoch bei der DNVP (70 %) und beim Zentrum (44 %)[291], was wohl nicht zuletzt auf die Alters- und Berufsstruktur dieser Parteien zurückzuführen ist, möglicherweise aber auch auf eine Koalitionsmüdigkeit des Zentrums kurz vor den Landtagswahlen schließen läßt.

Die konkreten Folgen der preußischen Beamtensäuberung waren weder eine Personal- noch eine Verwaltungsrevolution, obwohl Severing in kurzer Zeit manches nachholte, was Heine versäumt hatte. Rein verwaltungsmäßig beschritt Preußen wieder den Weg der Zentralisierung. Weitgehende Autonomie-Projekte, die Heine ebenfalls, wenn auch sehr ungeschickt, bekämpft hatte, blieben Schubladenentwürfe. Heines Lieblingsprojekt, die Kommunalisierung der Landräte[292], legte Severing zu den Akten, „solange nicht das junge demokratische Gemeinwesen von allen reaktionären Anschlägen geschützt ist"[293]. Obwohl die Deutschnationalen laut gegen Futterkrippenwirtschaft und die Anstellung von „Parteisekretären ... Fabrikarbeiter[n] und Eisendreher[n]" protestierten[294], hielt sich die Säuberung selbst der politischen Beamten zahlenmäßig in engen Grenzen. Anfang Juli hatten drei Oberpräsidenten, drei Regierungspräsidenten, zwei Polizeipräsidenten und

---

[289] DrSVPrLV, 23. 6. 1920, Nr. 2550, Bd. 8, S. 4227.
[290] SBVPrLV, 24. 11. 1920, Bd. 11, Sp. 13 893–94 u. 15. 12. 1920, Bd. 12, Sp. 15 115–22.
[291] Ebenda, Sp. 15 115–22.
[292] Vgl. DrSVPrLV, Bd. 5, S. 893 (Heine).
[293] SBVPrLV, 7. 7. 1920, Bd. 9, Sp. 11 672 (Severing).
[294] Ebenda, Sp. 11 595 (v. d. Osten [DNVP]).

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

16 Landräte ihre Stellungen eingebüßt. Bis Ende des Jahres folgten weitere 72 Landräte, so daß insgesamt weniger als hundert politische Beamte im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch entlassen wurden[295].

Der geographische Schwerpunkt der Säuberung lag naturgemäß im Osten. In Ostpreußen verloren der Oberpräsident (Winnig), ein Regierungspräsident, fünf Landräte und der Polizeipräsident von Königsberg ihre Ämter[296]. In Schlesien fanden die Karrieren des Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten von Breslau ein abruptes Ende. Auch nicht-politische Beamten kamen in den Sog, so die Oberpräsidialräte in Ostpreußen und Schlesien[297] und der Präsident der Reichsbahndirektion Stettin[298]. In den westlichen Provinzen hinterließ die Säuberungsaktion weniger breite Spuren. Hier war das prominenteste Opfer der Oberpräsident von Hannover, v. Richter[299]. Sein Nachfolger, Gustav Noske, war fast ebenso umstritten wie der konservative Vorgänger[300]. Erst nachdem Robert Leinert, der Führer der Sozialdemokraten in Hannover und Präsident der LV, die Bedenken der SPD-Bezirksorganisation zerstreut hatte[301], konnte Noske fünf Monate nach seiner provisorischen Ernennung im Amt bestätigt werden[302].

Über die langfristigen Erfolge der Säuberung im Sinne einer Demokratisierung des Beamtenkörpers ist kein einhelliges Urteil möglich, aber es besteht kein Zweifel, daß die Säuberung die kollegiale Zusammenarbeit der drei Koalitionsparteien ungemein förderte. Im Gegensatz zu den konservativen Darstellungen war die Beamtenerneuerung kein parteipolitisches Einzelvorgehen. Das Staatsministerium in seiner Gesamtheit entschied über die Abberufung von Oberpräsidenten[303], eine parlamentarische Untersuchungskommission begutachtete die Reform der Polizei[304], und vor der Ernennung von Landräten wurden nicht nur die Bezirksorganisationen der Koalitionsparteien gehört, sondern die Unterorganisationen traten auch miteinander in Verbindung[305]. In Preußen besaß die parlamentarisch-politische Zusammenarbeit der Koalitionsparteien eine Tiefen- und Breitenwirkung, an der es im Reich ständig mangelte.

---

295 Runge, a. a. O., S. 121–22, 134 u. 145. Zum Vergleich: Zwischen 1920 u. 1926 ernannte die pr. Regierung 229 neue Landräte.

296 Wilhelm Matull (Hrsg.), Ostdeutschlands Arbeiterbewegung, Würzburg 1973, S. 88.

297 Runge, a. a. O., S. 122. Vgl. auch Freiheit, Nr. 113, 9. 4. 1920, und Ernst Hesterberg, Alle Macht den A.- und S.-Räten. Kampf um Schlesien, Breslau 1932, S. 13.

298 DrSVPrLV, Nr. 2153 u. 2155, Bd. 7, S. 3278.

299 PrMdI an Richter, 23. 4. 1920, in: NStAH/122a/VIII/300/Bd. I.

300 Die „Freiheit", Nr. 248, 27. 6. 1920, schrieb, die Ernennung sei „unglaublich", eine „freche Herausforderung", eine „Provokation". Der „Vorwärts" (Nr. 322, 27. 6. 1920) äußerte sich betont zurückhaltend.

301 Noske, a. a. O., S. 183.

302 PrMdI an [Noske], 26. 6. 1920 u. 25. 10. 1920, in: NStAH/122a/VIII/300/Bd. I.

303 SBVPrLV, 4. 12. 1920, Bd. 11, Sp. 14 580.

304 Severing, a. a. O., S. 223.

305 Vgl. SPD Bezirksverband Schleswig-Holstein an OPrä, 4. 6. 1920, in: LASH/301/4873.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die neue preußische Regierung war sich darüber klar, daß ein demokratisches Staatswesen in Preußen ohne grundlegende Reformen auf dem Polizeisektor auf sehr schwachen Füßen stehen würde. Es mangelte nicht an mehr oder weniger radikalen Vorschlägen, die teilweise sogar auf die Einführung eines politischen Kommissarwesens in Reichswehr und Sicherheitspolizei hinausliefen[306]. Hier handelte es sich aber um recht unrealistische Vorstellungen, denn nichts lag der SPD-Führung nach dem Noske-Fiasko ferner, als eine aktive Wehrpolitik zu treiben[307]. Otto Braun machte sich diese Einstellung allerdings nicht zu eigen. Im Gegenteil, er versuchte, den Reichswehrminister zu veranlassen, unzuverlässige Reichswehroffiziere in Preußen zu entfernen, wobei ihm jedoch kein erheblicher Erfolg beschieden war, denn der Minister verbat sich Einmischungen dieser Art[308]. Der preußische Einfluß auf die Reichswehrpolitik blieb auch nach dem Kapp-Putsch gering.

Die Polizeireform führte Preußen dafür in eigener Kompetenz durch. Hier handelte es sich in erster Linie um die personelle Neubesetzung des Amtes des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, die Personal- und Strukturreform der Sicherheitspolizei und das Schicksal der Einwohnerwehren. Der Nachfolger Bergers wurde Robert Weismann, ein charakterlich umstrittener Staatsanwalt[309], der aber das besondere Vertrauen Otto Brauns besaß. Politisch stand er dem rechten Flügel der Sozialdemokratie nahe[310]. Zu einer Verreichlichung bzw. Personalunion kam es trotz grundsätzlicher Übereinstimmung des Reichs und Preußens und zum großen Leidwesen Koch-Wesers nicht[311]. Über das Schicksal der E. W. gab es keine großen Meinungsverschiedenheiten unter den neuen Ministern und parlamentarischen Führern der Koalitionsparteien[312]. Nachdem Heine bis zuletzt das militärische Selbstbild[313] der E. W. verkannt und die Verbände noch am 19. März als Schutz gegen den Bolschewismus gepriesen hatte[314], löste Severing die E. W. auf Grund der Note der Interalliierten Kontroll-

---

306 Siehe das undatierte Schreiben des Republikanischen Führerbundes, in: NL O. Braun / 126 [IISG].

307 Gustav Adolf Casper, Die Sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969, S. 30.

308 Braun an Gessler, 1. 5. 1920, u. Gessler an Braun, 18. 5. 1920, in: NL O. Braun / 165 (IISG).

309 Er galt als leidenschaftlicher Spieler. Siehe Illustrierte Geschichte, S. 279 u. 279 Anm.; Freiheit, Nr. 108, 2. 4. 1920.

310 Heine an Ernst, 27. 3. 1920, in: NL Heine / 337 (IISG); Keßler, a. a. O., S. 232 (23. 6. 1920).

311 Wever, „Besprechung. . .", 10. 4. 1920; Koch-Weser an Braun, 10. 5. 1920, in: Rk 43I/ 2305 (BA).

312 SBVPrLV, 30. 3. 1920 u. 29. 4. 1920, Bde. 8 u. 9, Sp. 10 560–61 u. 11 501.

313 Vgl. die Beurteilung eines Kreisrates (die Kreisräte fungierten als Verbindungsoffiziere zwischen den E. W. und den Landräten) in: NStAH/122a/XXXVII/23.

314 Zitiert in: Könnemann, a. a. O., S. 299–300.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommission und der Vorstellungen verschiedener Arbeiterdeputationen auf[315]. Bei der Durchführung des Erlasses ergaben sich allerdings wieder Reibungen zwischen dem Reich und Preußen, denn Reichsregierung und Reichswehr ließen es zumindest an aktiver Zusammenarbeit fehlen[316].

Die Frage nach einem Ersatz für die E. W. beschäftigte das Staatsministerium ebenfalls bald nach seinem Amtsantritt. Lokale Selbstschutzorganisationen schienen unerläßlich, schon in Anbetracht der unruhigen Lage besonders in den Grenzgebieten[317]. Linksradikale Kreise verlangten die Bewaffnung von Arbeitergruppen[318], und die DNVP pries die bayerische Orgesch als Modell[319], aber die Regierungsparteien lehnten derartige Vorschläge natürlich ab[320]. Statt dessen befürwortete die Regierung einen Antrag der DDP-LV-Fraktion, der die Aufstellung eines „Orts- oder Flurschutz[es]" vorsah, die Staatsregierung aber dafür verantwortlich machte, daß die Ortswehren „nicht parteipolitisch und nicht zu verfassungswidrigen Zwecken mißbraucht werden [können]"[321]. In der Praxis machte allerdings der Einspruch der Alliierten auch die neuen Ortswehren wirkungslos[322].

Regierung und Koalitionsparteien waren sich einig, daß der Kern einer zuverlässigen bewaffneten Ordnungstruppe in Preußen die Sicherheitspolizei sein müsse[323]. Hier handelte es sich sowohl um ein Personal- wie auch um ein Strukturproblem. Wie schon bei der Beamtensäuberung, gingen Regierung und Parlament gemeinsam vor. Severings Vorstellungen deckten sich weitgehend mit den Ergebnissen einer parlamentarischen Untersuchungskommission[324]. Der neue preußische Innenminister befürwortete eine Verstaatlichung und Zentralisierung der Sicherheitspolizei, um sie örtlichen Einflüssen und der Gefahr der Zersplitterung zu entziehen[325]. Ein Teil der Sipo sollte in beweglichen Hundertschaften, speziell aus-

---

315 Bucher, a. a. O., S. 56, u. Severings Ausführungen in „Bericht des Hauptausschusses ... Ministeriums d. Innern ... 1920", 6. 11. 1920, in: DrSVPrLV, Bd. 10, DrS. 3275, S. 5722. Vgl. auch Könnemann, a. a. O., S. 315.

316 Vgl. die Dokumente in: NStAH/12a/XXXVII/92 u. 93.

317 Die preußische Regierung bemühte sich, die zunächst unerläßlichen Grenzschutzverbände unter Kontrolle zu bringen, indem sie Politiker der Regierungsparteien, deren Verbleiben im Amt nach dem Putsch unmöglich war, die aber über einen guten Ruf in Rechtskreisen verfügten, zu Sonderkommissaren ernannte. Der ehemalige OPrä v. Berlin, Ernst, z. B. wurde Sonderkommissar für den Grenzschutz in Schlesien. Siehe Eimers, a. a. O., S. 228.

318 Siehe Ströbel, a. a. O., S. 228, u. DrSVPrLV, DrS. 2181, 20. 4. 1920, Bd. 7, S. 3550.

319 SBVPrLV, 28. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 156–57 (Graef [Anklam]).

320 Vgl. das Abstimmungsergebnis, in: SBVPrLV, 6. 5. 1920, Bd. 9, Sp. 11 382.

321 DrSVPrLV, Bd. 7, DrS. Nr. 2282, S. 3629. Vgl. auch SBVPrLV, 29. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 236 (Severing).

322 „Bericht des Hauptausschusses. . .", S. 5722.

323 Der DDP-Antrag sah vor, daß der Ortsschutz „möglichst in Angliederung an die staatliche Sicherheitspolizei . . ." zu bilden sei. Vgl. DrSVPrLV, Bd. 7, DrS. Nr. 2282, S. 3629.

324 Severing, a. a. O., S. 223.

325 Über die Zersplitterung des Polizeiwesens in Ostpreußen vgl. Klatt, a. a. O., S. 178–80.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebildet für Unruhen, organisiert werden[326]. Severings Grundsätze fanden die volle Zustimmung der DDP[327], was wiederum die Zusammenarbeit zwischen dem Minister und seinem neuen Polizeireferenten Wilhelm Abegg (DDP) erleichterte[328]. In der Personalfrage mußte die Regierung einen schmalen Grat wandern zwischen der Gefahr vorherrschender quasi-militärischer Elemente im Offizierskorps der Sipo und den Forderungen der Gewerkschaften, die einen entscheidenden Einfluß auf die Polizeitruppe beanspruchten. Die Berliner Gewerkschaften z. B. verlangten ein exklusives Vorschlagsrecht für Kommandostellen der Berliner Sipo[329]. Die Lage der Regierung in dieser Kontroverse wurde noch dadurch erschwert, daß die Berliner Parteiorganisationen der USPD und SPD die Forderungen der Gewerkschaften weitgehend unterstützten[330]. Severing schlug einen Kompromiß vor, der zwar die staatliche Kontrolle der Sipo unangetastet ließ, zugleich aber die gewerkschaftliche Organisation der Polizisten befürwortete[331]. Eine nicht unerhebliche, wenn auch unverschuldete Verwässerung des Sipo-Konzepts mußte Severing durch den Einspruch der IMKK gegen die kasernierte Sipo hinnehmen. Die alliierte Note zwang Preußen, die örtliche Schutzpolizei und die Sipo zusammenzulegen, was zur Folge hatte, daß zumindest einige ehemalige E. W.-Elemente, die Unterschlupf bei der Schupo gefunden hatten, nun in den Reihen der Sicherheitspolizei Dienst taten[332]. Dennoch stand in Preußen im Anschluß an den Kapp-Putsch eine Polizeitruppe, deren republikanische Zuverlässigkeit nirgends in Deutschland ein Gegenstück hatte.

VII

Der Kapp-Putsch stand zeitlich und politisch am Anfang von zwölf Jahren parlamentarisch-demokratischer Stabilität in Preußen; er war gewissermaßen sowohl Ursache wie auch Ausgangspunkt dieser Entwicklung. Die überhitzte Berliner Atmosphäre während der Kapp-Tage, mit ihrer ständigen Erinnerung an die Gefahr eines Bürgerkrieges, schuf die Grundlage für den Aufbau einer stabilen politischen Struktur in Preußen. Sie beruhte auf einer klaren Absage an das Bürgerblock-Konzept deutschnationaler Prägung durch die Mittelparteien, einschließlich der DVP, und an Pläne außerparlamentarischer Neben- oder Überregierungen seitens der Gewerkschaften oder der linkssozialistischen Parteien. Statt dessen stärkte der

---

326 Severing, a. a. O., Bd. 1, S. 312–15.

327 Vgl. SBVPrLV, 28. 4. 1920, Bd. 9, Sp. 11 196 (Dr. Schreiber [DDP]).

328 Severing, a. a. O., Bd. 1, S. 314.

329 Vgl. die Kontroverse in: Vorwärts, Nr. 207 u. 208, 23. 4. 1920.

330 Vorwärts, Nr. 177, 7. 4. 1920.

331 SBVPrLV, 7. 7. 1920, Bd. 9, Sp. 11 673–74.

332 Vgl. v. Wolff (ehemaliger E. W.-Referent beim OPrä Hannover) an OPrä Hannover, 26. 3. 1921 (Entwurf), in: NStAH/122a/XXXVII/25. Siehe auch Freiheit, Nr. 115, 10. 4. 1920 u. Nr. 31, 20. 1. 1921.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kapp-Putsch indirekt den Parlamentarismus und die formale Demokratie, die Stellung der Regierung und des Ministerpräsidenten innerhalb des Kabinetts[333]; ferner, und das war zweifellos von größter Bedeutung, bestätigte er die Notwendigkeit des Fortbestands Preußens als staatliches Gebilde und die Unerläßlichkeit einer weiteren Regierungsbeteiligung seitens der preußischen SPD.

Darüber hinaus blockierte der Putsch ungewollt eine Reihe potentiell gefährlicher Fehlentwicklungen im größten deutschen Freistaat. Sowohl das unselige Experiment der E. W. wie auch Heines Hang zur Rebürokratisierung der Verwaltung und der Kommunalisierung der Landräte (eine Entwicklung, die zweifelsohne die Ostprovinzen der DNVP ausgeliefert hätte[334]) wichen Severings konsequenten Polizei- und Verwaltungsreformen.

Obwohl gerade die Vielzahl der Verhandlungen und Verhandlungspartner ausschlaggebend für die erfolgreiche Weiterführung der parlamentarisch-politischen Koalition bürgerlicher und sozialistischer Demokraten war, spielten die sozialdemokratischen Preußenführer eine besonders verdienstvolle Rolle. In ihren Unterredungen mit den Mittel- und Rechtsparteien, der USPD und den Gewerkschaften vertraten sie konsequent eine demokratische Linie, die die Weimarer Koalition in Preußen bewahrte und zugleich die Isolierung der Partei verhinderte. Unter den SPD-Politikern ragte wiederum Ernst Heilmann heraus. Von einem parlamentarischen Hinterbänkler (als sechster auf der Landesliste schaffte er es gerade noch, in die LV gewählt zu werden) profilierte er sich bis Ende 1920 zu einem Politiker, der dem Parteivorsitzenden Wels zufolge „unentbehrlich" für die Tätigkeit der Fraktion geworden war[335]. Indem der Kapp-Putsch Ernst Heilmanns Aufstieg zum parlamentarischen Führer der preußischen Sozialdemokratie ermöglichte, leistete er wider Willen vielleicht seinen größten Beitrag zur zeitweiligen Festigung der Demokratie in Preußen und Deutschland[336].

---

333 Vgl. die Ausführungen Hugo Preuß' in: „12. (Verfassungs-) Ausschuß. . ." Wörtliche Niederschrift . . . 16. 6. – 8.10. 1920, DrSVPrLV, Bd. 10, DrS. 5120B, S. 5294.

334 Bei den Wahlen zum ostpreußischen Provinziallandtag im Dezember 1919 wurde die DNVP mit Abstand die stärkste Partei. Siehe Matull, a. a. O., S. 89.

335 Sitzung des Parteiausschusses [der SPD] am 8. Dezember 1920 . . . [Berlin 1920], S. 45.

336 Dieser Aufsatz wurde vor Erscheinen der Biographie Otto Brauns von Hagen Schulze (Berlin 1977) abgeschlossen. Wie eine Durchsicht ergab, bringt dieses Buch aber wenig Neues zum hier behandelten Thema, da der Verf. die Berliner Entwicklungen ziemlich summarisch darstellt.

Jahrgang 26 (1978), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte